

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße Nr. 18b.
Telephonruf Nr. 8992.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **165 500** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Das Ende des Kampfes in Crimmitschau.

Der beispiellose, heißemühtige Kampf der 8000 Textilarbeiter in Crimmitschau ist zu Ende; sie haben den Kampf aufgegeben, da vorläufig das Ziel nicht zu erreichen war; fast fünf Monate lang haben sie unerschütterlich an ihren Forderungen festgehalten, haben sie treu zur Fahne gehalten und ausgeharrt, trotzdem sich ihnen eine ganze Welt von Hindernissen entgegenstellte. „Pfaff, Adel und Kapital“, wie die drei Hauptstützen der kapitalistischen Ordnung heißen, bildeten in diesem monatelangen Kampfe einen Block, um die Forderungen der Arbeiter zum Scheitern zu bringen. Alles was an Rücksichtslosigkeit, Brutalität, an Verleumdungen und Beschimpfungen, an Entstellungen und Verdrehungen seitens der Kapitalisten und ihrer bezahlten und freiwilligen Handlanger, seitens der Scharfmacher überhaupt; ferner alles, was an Einseitigkeit, Parteilichkeit und Willkür der Behörden des kapitalistischen Klassenstaats gegen die Arbeiter nur möglich, ist in diesem Kampfe geleistet und vollbracht worden.

Systematisch wurde vom ersten Tage dieser Zehnstundentbewegung an schon alles gefälscht. Die Sozialdemokratie sollte den Crimmitschauer Textilarbeitern den Befehl gegeben haben, mit den dortigen Fabrikanten die „Machtprobe“ aufzunehmen. Diese Lüge wurde während des Zwölfwöchigen Kampfes in der Scharfmacherpresse tausendmal wiederholt, eine Lüge, von der ihre Väter wußten und wissen, daß sie eine Lüge ist. Was hat die Sozialdemokratie als politische Partei mit den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiter zu tun? Nichts, rein gar nichts, die Vorstände der gewerkschaftlichen Verbände würden sich sehr dafür bedanken, wenn ihnen die Sozialdemokratie befehlen wollte, was sie zu tun und zu lassen haben. Die Gewerkschaften sind wirtschaftliche Arbeiterverbände mit demokratischer Organisation und völlig selbständiger, unabhängiger Verwaltung. Wohl lassen sich christliche Gewerkschaften von der Zentrums-Partei vor-schreiben, was sie tun und lassen sollen, ferner die evangelischen Arbeitervereine von konservativ-kapitalistischen Pastoren, auch Postler- und Eisenbahner-Verbände von ihren Verwaltungen, mit deren gnädiger Erlaubnis sie existieren, aber alles das ist bei den freien Gewerkschaften nicht der Fall. Der Schwindel mit der Sozialdemokratie ist nicht neu, er wird von den kapitalistischen Ausbeutern bei jedem Lohnkonflikt praktiziert, so lange die Sozialdemokratie besteht, und ehe sie da war, war der allgemeine Wauwau der „Kommunist“. Diese Auspielung der Sozialdemokratie ist ein elender, gemeiner Gaunerkniff, die bekannte Diebstahl, nach der verfolgte Dieb hinter den ehrlichen Leuten herläuft und schreit: Haltet ihn! Die Diebstahl mit dem Vorschreiben der Sozialdemokratie hat den Zweck, die einfache und klare Sachlage des Streites zu verwirren, die öffentliche Meinung irrezuführen, das heißt, sie vollständig von dem abzulenken, um das es sich handelt und sie gegen die Sozialdemokratie, mit der die Streitfrage identifiziert wird, aufzuheben. Tausende gekaufte und prostituierte Federn wiederholen wochenlang Tag für Tag denselben Betrug und auf die Dauer hat diese infame Suggestion den gewünschten Erfolg.

In der letzten Zeit gab die scharfmacherische Deutsche Industrie-Zeitung eine neue Variation des alten Schwindels. Darnach hatte der „geheime Rat der sozialdemokratischen Partei“ — es gibt also schon sozialdemokratische Geheimräte! — darüber entschieden, „daß, nachdem die Arbeiterorganisationen in Neumünster und Forst sich für das Unternehmen nicht genügend stark erklärt hatten, das Verzugswort in Crimmitschau zu wählen sei. Diese Tatsache ist festgestellt und kann durch kein Zeugnis aus der Welt geschafft werden.“ Mit humorvollem Verständnis für scharfmacherische Gehirn-erweichung bemerkte der Vorwärts zu dieser neuesten frechen Lüge: Die Geschichte vom „geheimen Rat der sozialdemokratischen Partei“ ist uns in der Tat so neu und interessant, daß wir darüber unbedingt um nähere Angaben bitten müssen. Der „geheime Rat“ hat offenbar so geheim getagt, daß von seinen Beschlüssen außer der Industrie-Zeitung niemand in der Welt etwas erfahren hat. Wir sind natürlich nicht so frivol, Tatsachen durch Zeugnisse aus der Welt zu schaffen; aber die Industrie-Zeitung sollte doch leere Behauptungen nicht einfach wider besseres Wissen als Tatsachen ausgeben.

Erfreulicherweise hat der Crimmitschauer Kampf gelehrt, daß das betrügerische Spiel mit dem Vorschreiben der Sozialdemokratie zur Niederschlagung von Arbeiterforderungen doch von immer weiteren Kreisen durchschaut und entschieden zurückgewiesen wird. Zur Erlangung dieser Erkenntnis trug der Crimmitschauer Kampf nach seiner ganzen Entwicklungsgeschichte ein wesentliches bei. Seit 1899 forderten die Arbeiter Jahr für Jahr den Zehnstundentag und jedesmal wurden sie entweder brüskt abgewiesen oder durch Verschleppung der Antwort von den Schlotjunkttern zum Narren gehalten. Das selbe Spiel wiederholte sich auch im August und September 1903, worauf die Arbeiter sich entschlossen, wenigstens in einigen Fabriken den Zehnstundentag zu erringen und zu diesem Zwecke die Kündigung einreichen, an der sich zirkel 500 Arbeiter beteiligten. Wenige Stunden darauf antworteten die Fabrikanten mit der Aussperrung von 7000 Arbeitern. Diese Tatsache legt klar, wer den Riesenkampf heraufbeschworen hat; es waren weder die Sozialdemokraten noch der Textilarbeiterverband, weder die Führer der Textilarbeiter in Crimmitschau noch in Berlin, wo der Verbandsvorstand seinen Sitz hat, sondern es waren die Crimmitschauer Textilfabrikanten. Klar ist auch, daß es sich hier um eine Aussperrung und nicht um einen Streik handelte. Trotzdem schwindelte aber das fittliche verkommene Scharfmachertum, dem jeder Wahrheitsfuss abhanden gekommen ist, konsequent vom Crimmitschauer Streik, wie es vorher geschwindelt hatte von den „Streiks“ in Berlin, Pforzheim, Pirmasens, Bremen, Dresden, Rassel u. s. w. Schamlos wird vor der ganzen Welt die Tatsache verleugnet und mit Füßen getreten, schamlos wird gelogen, um die Arbeiter ins Unrecht zu setzen.

Eine schamlose Lüge war unter diesen Umständen auch die den Scharfmachern allmählich sehr geläufig gewordene Phrase von der „sozialdemokratischen Machtprobe“. Die Kapitalisten sperren frivol und brutal 7000 Arbeiter aus, um sie so durch Arbeits- und Verdienstlosigkeit, durch Hunger und Not zum Verzicht auf ihre Forderung des Zehnstundentags und zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, aber sie und ihre Handlanger schreien ins Land hinaus, die Sozialdemokraten wollten eine Machtprobe machen. Eine solche systematische Verlogenheit, Fälschung der Tatsachen und Brunnengiftung ist empörend, allein man kommt darüber mit den empörtesten Gefühlen nicht hinweg, da heißt es nur, stark und mächtig zu werden und die frech aufgezwungene Machtprobe aufzunehmen und zu bestehen.

Unwahr waren ferner alle von den Crimmitschauer Fabrikanten ausgegangenen Mitteilungen und Angaben über die Lohnverhältnisse, unwahr die Erklärung, daß sie gar nicht Gegner des Zehnstundentags seien, daß dieser in den Crimmitschauer Fabriken bereits bestehe und daß man dessen gezielte Einführung wünsche. Tatsächlich besteht dort der Elfstundentag, den die sozial rückständigen Fabrikanten um eine Viertelfunde, auf 10³/₄ Stunden, reduzieren wollten. Und was die Sympathie für den gezielten Zehnstundentag betrifft, so sei konstatiert, daß die Crimmitschauer Fabrikanten dafür keinen Finger gerührt, dagegen seit 20 Jahren stets im Bunde mit den übrigen sächsischen Kapitalisten und dem berichtigten Scharfmacherverband, dem sie angehören, gegen alle arbeiterfreundlichen Maßnahmen im Reiche protestiert, ununterbrochen die Regierung gegen die Arbeiter aufgereizt und Ausnahme-, Umsturz- und Zuchthausgesetze gefordert haben.

Die Scharfmacherei blühte denn auch während des soeben beendeten Kampfes. Scharf gemacht wurden die Regierung, der Landtag, die Kreis- und Ortsbehörden, scharf gemacht sogar die Behörden in anderen Bundesstaaten, wie die Versammlungs- und Weihnachtsfeierverbote im Altendurgischen beweisen, scharf gemacht die Textilbarone und Schlotjunker im ganzen Reiche, scharf gemacht sogar die geistlichen Diener der christlichen Kirche, und die ganze umfassende Scharfmacherei hatte die gewünschten glänzenden Erfolge. Über Crimmitschau wurde der Belagerungszustand verhängt, das Versammlungsrecht der Arbeiter durch einen Federstrich beseitigt, das Recht des Streikpostenstehens aufgehoben und der berüchtigte § 153, dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, feierte in der Crimmitschauer Gerichts-stube die glänzendsten Triumphe, wodurch die neue Ordnung der Dinge in Crimmitschau eine schöne Vervollständigung erfuhr. Zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen mußten ins Gefängnis, aber kein einziger der gewalttätigen Fabrikanten erhielt auch nur eine Stunde Haft. Entweder wurde ein Vorgehen gegen sie überhaupt abgelehnt oder es gab einige geringe Geldbußen. Die Verschiedenheit der Rechtsprechung tritt hier ohne jede Verschleierung in die Erscheinung, wobei noch besonders bemerkenswert, daß der § 153, der für die Fabrikanten ebenso wie für die Arbeiter gilt, nur von Gefängnisstrafen redet und Geldbußen nicht kennt. Und während den Arbeitern die Versammlungen und das Postenstehen verboten waren, konnten beide Rechte die Fabrikanten ungeniert ausüben. Der sächsische kapitalistische Klassenstaat gibt sich gar keine Mühe mehr, seinen Charakter zu verschleiern, brutal gibt er sich, wie er ist und brutal stampft er die Arbeiter nieder. Die Folge ist, daß es in Sachen bald keinen Arbeiter, außer Idioten, mehr gibt, der nicht zur Sozialdemokratie, der Partei der Arbeiter, der Partei

der Rechtsgleichheit, der Partei der Gerechtigkeit, der Freiheit und Brüderlichkeit, gehört.

In ihrer ganzen kapitalistischen Glorie hat sich auch die sächsische evangelische Landeskirche gezeigt. Zugunsten der ausgesperrten Arbeiter hatte kein einziger von den Pastoren auch nur ein Wort übrig, dagegen trat der Crimmitschauer Stadtpfarrer Schink in der Christlichen Welt offen für die Fabrikanten und gegen die Arbeiter auf. Für die letzteren rührten sich außer der gesamten deutschen Arbeitererschaft und zahlreicher organisierter ausländischer Arbeiter auch manche bürgerliche Elemente und Presseorgane.

Große Kraftanstrengungen zur Unterstützung der „armen“ Crimmitschauer Textilbarone entfalteten die sächsischen Schlotjunker und der Scharfmacherverband und sie mögen wohl einige hunderttausend Mark gespendet haben. Dagegen hat die Arbeiterschaft das Vielfache dessen an ihre brutal vergewaltigten Brüder gesandt und dadurch eine erhebende Solidarität, einen unverwüßlichen Opfergeist betätigt, den schon der Dichter mit den Worten gefeiert hat:

Des Armen Peiland ist der Arme,
Der helfend teilt sein Stüchlein Brot.

Eine wunderbare Disziplin, Solidarität und Ausdauer haben auch die brutal ausgesperrten Textilarbeiter selbst bewiesen, die allen Provocationen in allen Formen gegenüber ihre unerschütterliche Ruhe und Besonnenheit bewahrten. Das ist ein glänzender Erfolg der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit, die auch zugleich beweist, wo die Vernunft, die Ordnung und die heroische Selbstbeherrschung sind. Die Crimmitschauer Textilarbeiter haben wie Helden gekämpft und wie Helden den Kampf beendet. Sie weichen der wirtschaftlichen Übermacht des gesamten deutschen Industriekapitals, aber sie sind nicht besiegt, nicht vernichtet. Die Entscheidung ist bloß vertagt, denn die Idee des Zehnstundentags gehört zu den Ideen, die siegen oder wiederkommen, um zu siegen.

Genosse Legien schreibt über die Beendigung des Kampfes:

Der Kampf in Crimmitschau beendet! Diese Nachricht kam am 19. Januar früh der deutschen Arbeiterschaft ebenso unerwartet, wie am 18. Januar in später Abendstunde den Fabrikanten in Crimmitschau und dem größten Teil der Ausgesperrten. Mit Recht sagte sich die Arbeiterschaft, die nicht nur mit gespannter Aufmerksamkeit den Vorgängen in Crimmitschau folgte, sondern durch eine Opferfreudigkeit, wie sie selten sich zeigte, den Kämpfenden die Mittel zur Fortführung des Kampfes sicherte, mußte dieser Kampf jetzt schon abgebrochen werden. Die Unterstützungsmittel waren auf Wochen hinaus gesichert, die Zahl der Streikbrecher noch nicht so groß, um den Kampf verloren geben zu müssen. Alles sprach dafür, dem Unternehmertum, das rücksichtslos die Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Pflaster geworfen hatte, bis zum Äußersten Widerstand zu leisten. Trotzdem entschied sich die Wohnkommission in Gemeinschaft mit den Obleuten der Fabriken, den Kampf anscheinend auf seinem Höhepunkt abzubrechen.

Zunächst sei bemerkt, daß die Arbeiterschaft, die im Kampfe stand, eine vorzüglich disziplinierte, kampfgewohnte ist, daß in allen Stadien, auch in den schwierigsten Situationen nicht augenblicklich aufwallende Leidenschaft, sondern ruhige Überlegung und sachliche Prüfung entscheidend war bei allen Maßnahmen, die getroffen wurden.

So handelte die Zeitung der Ausgesperrten und diese selbst folgten in vollem Vertrauen zur Streikleitung alles, was von dieser geraten wurde. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, unter dem Druck des Belagerungszustandes den Kampf 21 Wochen zu führen, ohne daß der Wunsch der Scharfmacher in Erfüllung ging, die Gewaltmittel gegen die Ausgesperrten zur Anwendung bringen zu sehen, die auf das Pflaster Geworfenen zum aktiven Widerstand gegen die bewaffnete Macht zu reizen.

Ebenso ruhig und sachlich wurde beraten, als die Frage brennend wurde, ob es notwendig sei, das Ringen jetzt abzubrechen. Entscheidend waren zwei Momente. Es mußte verhindert werden, daß ein allmähliches Abflauen des Kampfes eintrat, und zweitens, daß die Crimmitschauer Industrie zur Vernichtung geführt würde. Weibes stand zu beschließen, wenn die Ausgesperrten über Ende Januar hinaus Widerstand geleistet hätten.

Eine Saison hatten die Fabrikanten fahren lassen, wobei ihnen allerdings eine Reihe Momente zugute kamen, die außerhalb ihrer Berechnung lagen. Mitte Januar mußte sich entscheiden, ob die Fabrikanten auch die zweite Saison preisgeben wollten.

Alle Angelegenheiten sprachen dafür, daß dies geschehen würde. Die Herren haben sich anscheinend durch die versprochene Unterstützung der größten Unternehmerorganisation blenden lassen, ohne sich dessen bemußt zu werden, daß diese Unterstützung sie wohl momentan für den Ausfall der Produktion zu entschädigen, nicht aber davon zu bewahren vermag, daß ihnen das Absatzgebiet verschlossen wird, und sie somit zum Ruin getrieben werden. Soweit Berechnungen und Kalkulationen möglich, war mit dem Preisgeben der zweiten Saison die Crimmitschauer Textilindustrie vernichtet, die Blüte des Gemeinwesens zerstört. Wohl, wollten die Fabrikanten es nicht anders, so hätte man sie ihrem selbstberiterten Schicksal überlassen können. Mit ihrem Fall aber wären tausende Familien gezwungen gewesen, aus dem Orte auszuwandern. So hatte die Arbeiterschaft Crimmitschaus zu entscheiden, ob das Gemeinwesen zerstört, ein Industriepfah erstarrt blanges, als solcher in die letzte Stelle gerührt werden sollte. Sie hatte zu entscheiden, ob Waffen von Arbeitern aus dem Heimatorte hinausgetragen werden sollten. Mag auch die heimatische Scholle noch so kümmerlich sein, so hängt doch der Arbeiter an ihr, hoffend, durch seine Kraft die schlammigen Ädel leichter dort, als in der Fremde besitzigen zu können. Hier aber handelte es sich um viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die in sehr hohem Lebensalter lebend, an keinem anderen Orte Arbeit gefunden hätten, deren Lebensabend

bank dem Terrorismus des Unternehmertums noch kimmerlicher sich gefaltet hätte, als wenn sie gegen kargen Lohn ihre Arbeitskraft bis zur letzten Lebensstunde preisgeben. So haben denn schließlich hier wie in hundert und tausend anderen Fällen die Arbeiter gezeigt, daß sie ein größeres Gemeininteresse haben als die Unternehmer, und mit Recht erklärte die Lohnkommission in dem Flugblatt, in welchem zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurde:

„Der Arbeiter weiß, daß das Interesse der Stadtgemeinde Berücksichtigung erheischt. Mit seinem ganzen Sinnen und Trachten, seinem Fühlen und Denken steht er bei seinem Gemeinwesen, bei seiner Heimat. Dem gemeinsamen Wirken des gesamten werktätigen Volkes verdankt die Stadtgemeinde ihr Ansehen, ihre Blüte. Und diese Blüte, diese Größe der Gemeinde zu erhalten, muß immer das Streben des gesamten Volkes sein. Der Arbeiter, die Arbeiterin, der Vater und die Mutter, sie können sich nur wohl fühlen in einer blühenden, nach aufwärts strebenden Zusammengehörigkeit. Kann es deshalb den 8000 Proletariern gleichgültig sein, ob ihre Stadtgemeinde im innersten Markt erschüttert wird und schließlich zugrunde geht? Nein! Das Unternehmertum hat bewiesen, daß es Rücksichten auf die Allgemeinheit nicht nimmt. Es führt das Wort „Gemeininteresse“ im Munde und tritt das Gemeininteresse mit Füßen. Der Arbeiter steht auf einer höheren Warte. Er kann nicht wollen, daß die Gemeinde, in der er lebt und wirkt, an der Rückständigkeit einer Klasse zugrunde geht.“

Das war die Sprache der Arbeiter beim Abschluß eines Kampfes, der ihnen aufgewungen und von den Unternehmern zu einer Machprobe gesehelt war! Wie anders nehmen sich die Kundgebungen der Unternehmer dagegen aus. Von Gemeininteresse keine Spur, nichts als Phrasen von dem Niederwerfen der Arbeiterschaft, dem Schlag gegen die Sozialdemokratie, der Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation.

Das Interesse des Gemeinwesens war das entscheidende, was die Leitung der Ausgesperrten veranlaßte, diesem bedeutungslosen Kampfe ein so tragisches Ende zu geben. Dazu kam das Bedenken, daß ein allmähliches Abbröckeln der Kampferkämpfer eintreten könnte, daß auch die Mutigsten und Opferwilligsten schließlich kampfesüde werden könnten, weil keine Möglichkeit vorhanden war, sich gegenseitig auszusprechen und durch die Aussprache in Versammlungen den Kampfesmut anzufeuern, den Kleinmütigen neue Kräfte zum Ausbrennen zu geben. Besonders bei den älteren Weibern erhebt die Streikunterstützung, wenn sie auch in der letzten Zeit erhöht werden konnte, nur einen Teil des Arbeitsbedienstes. In den ersten Wochen wurden nur 4 bis 9 W. und einschließlich des Aufschusses für die Kinder im Höchstfall 12 W. Wochenunterstützung gewährt, je nachdem es sich um Ledige oder Verheiratete, Organisierte oder Unorganisierte handelte. Dann konnte die Unterstützung um je eine Mark erhöht und in der ersten Woche des Januar nochmals die gleiche Erhöhung gewährt werden. Immer nur reichte die Unterstützung zur nächsten Fristung des Lebens zu. Wenn dann nach 21 Wochen auch alte bewährte Leute, die wiederholt schon von den Unternehmern in eine gleiche Lage gezwungen wurden, dem Druck der Not nicht mehr zu widerstehen vermochten, so ist das begrifflich aber wenn auch, dank der Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft, die Unterstützung wesentlich erhöht worden wäre, was blieb schließlich als Preis des Kampfes, wenn dieser bis zum Herbst dieses Jahres hätte fortgeführt werden müssen. Nichts anderes, als daß die alten bewährten Leute hinausgedriven worden wären aus dem Heimatort, ohne an anderer Stelle ein Unterkommen finden zu können. Mit jedem neuen Arbeitswilligen blieb einer der alten Kämpfer auf der Strecke. Am 15. Januar waren nach den Feststellungen der Lohnkommission in den 79 Fabriken Grimmitzschaus 1771 Streikbrecher, darunter 460 Auswärtige und außerdem 292 Meister, die nicht mit ausgesperrt waren. Nicht in allen Fabriken (die von 13 bis zu höchstens 360 Arbeiter beschäftigten) war die Zahl der Arbeitswilligen proportional gleich. Einzelne Fabriken hatten von 100 Beschäftigten nur 4 und 5 Arbeitswillige aus dem Aussperrungszeit, andere weisen eine größere Zahl auf, aus Ursachen, deren Erörterung sich hier erübrigt. So stand dann zu befürchten, daß auch die Treuesten kampfesüde würden, wenn sie sahen, daß ein Platz nach dem andern, daß den behördlichen Maßnahmen, die es hinderten, mit den Abfallenden und Zugehenden in ausreichendem Maße verhandeln zu können, besteht würde. Ein allmähliches Abbröckeln war aber gleichbedeutend mit der Vernichtung der Organisation. Das aber war es, was die Unternehmer wollten. Wäre dann der Kampf nach Monaten beendet worden, dann wären möglicherweise die Mittel nicht vorhanden, den Gesperrten so lange Unterstützung zu gewähren, bis sie ein anderes Unterkommen gefunden hätten. Zunächst wir uns darüber nicht, daß Kämpfe, welche auf die Leistung freiwilliger Beiträge hin geführt werden müssen, oft ein ungewolltes Ende finden, weil nach längerer Zeit die freiwillige Hilfe versiegt. Heute fehlt es noch an einer Organisation, die in solchen Fällen die Garantie böte, daß bis zum letzten Augenblick für die Kämpfenden und auch für die Opfer des Kampfes gesorgt wird.

Alle diese Gründe waren es, die zu diesem anscheinend jähen Abbruch des Kampfes Veranlassung gaben. In den Kreisen, welche zur Leitung herbeigeholt waren, kamen diese Gründe aber nicht erst am Tage der Entscheidung zur Geltung. Schon in den ersten Tagen des Januar fand eine Besprechung statt, in welcher erzwungen wurde, ob es geraten sei, den Kampf abzubrechen, wenn mit einiger Sicherheit feststände, daß die Unternehmer auch die zweite Saison preisgeben wollen. Diese Sicherheit schien Mitte Januar gegeben. So trat denn am Sonntag den 17. Januar, nachmittags die Lohnkommission zusammen, um sich über die Fortführung des Kampfes zu entscheiden. Fast einstimmig beschloß sie nach Prüfung aller in betracht kommenden Fragen, den Kampf abzubrechen. Von Bedeutung war, ob nochmals mit den Unternehmern verhandelt werden solle oder bedingungslos die Arbeit aufzunehmen sei. Einstimmig wurde erklärt, daß mit diesen Unternehmern kein Verhandeln über das Streikobjekt möglich sei und daß jeder Verhandlungsversuch nur dazu führen würde, daß die Unternehmer sich darüber verständigen würden, in welcher Weise die zur Arbeit Zurückkehrenden am härtesten getroffen werden können. Abgelehnt wurde auch einstimmig der Vorschlag, bei dem Bürgermeister vorstellig zu werden, Versammlungen freizugeben, damit die Streikenden Gelegenheit hätten, über die Bedingungsrecht würde nach den bisherigen Erfahrungen, die mit der Stadtverwaltung gemacht wurden, einige Tage hinausgezögert werden kann, wiederum Zeit genug für die Unternehmer, über die zu treffenden Maßnahmen sich von dem Zentralverband deutscher Industrieller belehren zu lassen. Die Unternehmer Grimmitzschaus sollten sich aber bei dem, was sie den zurückkehrenden Arbeitern boten, nicht hinter die Beschließen der Unternehmersonorganisation verstecken können, sondern selbst die Verantwortung für ihre Handlungen tragen. Ferner aber war man sich dessen sicher, daß man in den Versammlungen, falls man sie gnädigst gewährte, nicht das zu den Ausgesperrten würde sagen können, was in einem Flugblatt ausgesprochen werden konnte. Nach allem, was die Behörde den Streikenden gegenüber getan, fand zu befürchten, daß die Versammlungen der Auflösung verfallen und damit die Ausgesperrten an der Beschäftigung gehindert würden. So schloß sich die Lohnkommission, die Bedingungsrecht des Kampfes sofort nach Beschäftigung der Obleute der Fabriken durch ein Flugblatt bekannt zu geben und bis zu diesem Moment nichts über die gefassten Beschlüsse verlauten zu lassen. Die erforderlichen Arbeiten für die Ausprägung des Planes wurden noch in der Nacht getroffen. Die Auszahlung der Unterstützung vollzog sich am Montag wie an allen früheren Tagen. Nach Schluß der Auszahlung traten die Obleute der Fabriken zusammen und die Lohnkommission berichtete über die gefassten Beschlüsse. Nur wenige Obleute sprachen sich gegen die Beendigung des Kampfes aus, mehr dem Gefühl folgend, ohne die Erwägungen zu verstehen, die den schweren Schritt notwendig erscheinen ließen. Schwerer ist es allen geworden und nicht nur den Obleuten, welche als Obleute ihrer Fabrik eingetretet waren, als Arbeiter vor die Preisgabe zu stehen und unschuldig ihres Heiligtums der Arbeiterklasse ergraben und abgehörten Arbeiter haben die hellen Tränen in den Augen, als der Beschluß gefaßt wurde, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Nicht Sorge

darum, was aus ihnen wird, die in erster Reihe von der Not und Rache der Unternehmer getroffen werden, war es, was ihnen die Tränen gepreßte, sondern das Gefühl der Empörung, durch die Gewaltmaßregeln der Nachhader zu einem solchen Entschluß gezwungen zu sein.

Um 8 1/2 Uhr abends wurde der Beschluß gefaßt und nach einer halben Stunde war die Arbeiterschaft von dem Entschluß durch ein Flugblatt unterrichtet. Es durfte bis zum letzten entscheidenden Augenblick von den Beschläffen der Lohnkommission nichts bekannt werden, weil nicht voraussehen war, wie die Obleute sich entscheiden würden. So kam denn auch den Ausgesperrten die Nachricht völlig unerwartet, und bald füllten sich die Straßen und Verkehrsknoten mit Fragenden, die an der Richtigkeit der Nachricht zweifelten. Hier aber zeigte sich die Disziplin der Grimmitzschauer Arbeiterschaft und das Vertrauen, das sie ihren zur Leitung berufenen Geistes und Genossinnen entgegenbrachten. Auch diejenigen, welche ihre Gefühle nicht zu beherrschen vermochten und diesen laut Ausdruck gaben, sie stimmten den getroffenen Maßnahmen zu, nachdem ihnen kargelegt worden war, warum nur so wie geschahen gehandelt werden mußte. Es gab kein Wort der Klage, auch bei jenen nicht, die ruspften, daß für sie die Fabriken sich nicht wieder öffnen würden. Nur eines kam vielfach zum Ausdruck, was auch in der Sitzung der Obleute erwähnt wurde, die Frage: „Wird die deutsche Arbeiterschaft uns nicht verachten, weil wir den Kampf aufgegeben haben?“ Ein alter, ergauerter Obmann einer Fabrik sagte zu mir: „Ich weiß, daß ich nun aus dem Orte hinaus muß, aber schrecklicher als die Heimatlosigkeit wäre mir, wenn ich draußen von meinen Arbeitsgenossen verachtet würde, weil ich aus Grimmitzschau bin. Die Not ist nicht so hart wie der Verlust der Arbeiterschaft.“ Ihm wie vielen anderen konnte ich erklären, daß die Arbeiterschaft sie nicht verachten, sondern hochachten würde, weil sie aus Gemeininteresse und um die Organisation zu erhalten, den Kampf abgebrochen, nicht aufgegeben haben, ehe noch die Widerstandskraft gebrochen ist. Und gerade für die organisierte Arbeiterschaft ist das Beispiel, das die Grimmitzschauer gegeben haben, erhebend, ein Muster von Disziplin und Überlegung. Eine solche Arbeiterschaft kann einmal im Kampfe unterliegen, aber sie ist nicht zu besiegen.

Gerade dieses Abbrechen des Kampfes im entscheidenden Moment sichert den Erfolg weit mehr als ein Fortführen bis zum Weißbluten. Das wird sich denen, welche heute über die Niederlage im Kampfe in Grimmitzschau frohlocken, recht bald und recht deutlich zeigen. Aufgehoben, aber nicht aufgegeben ist der Kampf um den Zehnjahrestag, und soweit durch die Aussperrung in Grimmitzschau eine Einwirkung auf die geschehenden Faktoren herbeigeführt werden konnte, ist sie schon heute herbeigeführt. Der Kampf war nicht vergeblich und es ist keine Ursache vorhanden, durch seinen Ausgang in pessimistische Stimmung zu geraten. Wer das, was am 18. und 19. Januar sich in Grimmitzschau abspielte, gesehen hat, der weiß, daß in der Arbeiterschaft Kräfte vorhanden sind, die weder durch die gesamten staatsretterischen Mächte, noch viel weniger durch einen für die Arbeiter unglücklich verlaufenen Kampf gebrochen werden können.

Kein Klagen und Zagen, weder bei den Alten, die nach vierzigjähriger Tätigkeit in ein und derselben Fabrik am Dienstag von den Fabrikanten, denen sie ihre ganze Lebenskraft geopfert haben, mit der lakonischen Bemerkung abgewiesen wurden: „Ihr Stuhl ist besetzt“, noch bei den Jungen und am wenigsten bei den Frauen und Mädchen, die vielfach erklärten, nicht hineingehen zu wollen, wenn nicht die alten Arbeiter mit ihnen zurückkehren.

Eine Beizung, wie zur Arbeit zurückgeführt werden sollte, war nicht gegeben. Wer aber anmah, daß am Dienstag früh die Arbeiter in Massen vor dem Fabrikator stehen und um Arbeit bitten würden, täufchte sich. Nur wenige hatten sich eingefunden, denen von den Obleuten gesagt wurde, daß sie zunächst im Kontrolllokal sich sammeln sollten. Von hier aus gingen die Ausgesperrten der kleineren Fabriken geschloffen, die der größeren entsandten Delegationen, welche nur mitzuteilen hatten, daß beschloffen sei, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, zu den Kontoren der Fabrikanten. Die Antwort, die ihnen zuteil wurde, war nicht einheitlich, ein Zeichen, daß die Fabrikanten nicht Zeit gefunden hatten, sich durch Beschlüsse zu binden. Fast allgemein wurde gesagt, die Arbeiter sollen einzeln zur Arbeit sich melden. Andererseits sagten aber die Fabrikanten, daß sie schriftlich die einzelnen Ausgesperrten benachrichtigen würden. In drei Stellen wurden die Arbeiter für eine spätere Zeit bestellt. Von den sich einzeln Meldenden wurden die Hilfsarbeiter zum Teil angenommen, die erst die Vorarbeiten machen müssen, ehe die Weber mit der Arbeit beginnen können. Ein Urteil darüber, wie viel der Ausgesperrten auf dem Pfaster bleiben, läßt sich in den ersten acht Tagen noch nicht geben. Die Fabrikanten traten erst am Dienstag nachmittag, nachdem die Zeitung des Verbandes der sächsischen Textilindustriellen aus Chemnitz eingetroffen war, zusammen. Was sie beschloffen, ist zurzeit noch nicht bekannt. Was immer sie aber auch beschließen mögen, den Zusammenhalt der Unterlegenen werden sie nicht sprengen, ihre Organisation nicht vernichten. Die Arbeiter kommen nicht als die Bittenden, von äußerster Not getrieben, denn alle, die abgewiesen werden, sie finden in der dank der Opferfreudigkeit der deutschen Arbeiterschaft mit genügendem Mitteln ausgestattet Organisation einen Rückhalt und die erforderliche Hilfe. Weber Mutlosigkeit noch Einbuße des Vertrauens zur guten Sache ist bei den Ausgesperrten zu finden. Und so werden die Grimmitzschauer Unternehmer, die sich als Berufskandidaten für die organisierten Scharfmacher Deutschlands hergaben, nicht sonderlich ihres schwer errungenen Sieges sich zu freuen haben, und die Scharfmacher selbst täufchen sich, wenn sie meinen, der Arbeiterschaft wäre ein vernichtender Schlag zugefügt. Der Zehnjahrestag für die Textilindustrie wird errungen, trotz alledem, und der gewaltige Kampf in Grimmitzschau war das wirksame Vorgeficht. Wollen die Unternehmer es auf die entscheidende Schlacht ankommen lassen, die Arbeiter werden zur Stelle sein. G. Legien.

Die Metallarbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten.*

Der Verband der Maschinenbauer (International Association of Machinists) wurde im Jahre 1888 zu Atlanta im Staate Georgia gegründet. Schon im nächsten Jahre, als der erste Verbandstag (Konvention) in der genannten Stadt abgehalten wurde, betrug die Zahl der Ortsgruppen 31. Das Wachstum war ein rasches, und im Jahre 1891 zählte der Verband etwa 10000 Mitglieder. Die nun folgende Wirtschaftskrise konnte er ohne Schaden überstehen, ja, er war am Ausgang der Krise stärker als zuvor. Die Mitgliedschaft war im Jahre 1898 auf 20000 gestiegen. Im Juni 1903 gehörten dem Verband 598 Ortsgruppen mit über 40000 Mitglieder an. Die Verwaltung des Zentralverbandes besteht aus dem Exekutivauschuß, dem der Obmann, der Sekretär — der zugleich Kassier ist — und fünf andere Mitglieder angehören. Wie es bei allen amerikanischen Zentralverbänden üblich ist, so hat auch der Verband der Maschinenbauer fünf Vizepräsidenten, die zugleich bezahlte Beamte der Gewerkschaft sind. Diese fünf Vizepräsidenten bestanden sich zumeist auf Agitationstouren im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten und Canadas. Zur Besorgung der Verbandsgeschäfte sind weiters in 27 Städten Geschäftsagenten angestellt, die ebenfalls ihre ganze Zeit den Angelegenheiten der Organisation zu widmen

haben. Alljährlich finden Verbandstage statt, auf welchen der Exekutivauschuß sowie die übrigen Funktionäre ihre Berichte erstatten, Änderungen der Statuten beschloffen werden usw. Die Verbandstage entscheiden auch in dem Falle, als größere Lohnbewegungen unternommen werden sollen. Endlich gelangen bei diesen Gelegenheiten Fragen der allgemeinen Sozialpolitik zur Sprache. Alle Beschlüsse der Verbandstage müssen, um Gültigkeit zu erlangen, den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet werden.

Um die Mitglieder über die Verbandsangelegenheiten auf dem laufenden zu erhalten, wird ein monatliches Journal von etwa 100 Druckseiten Umfang herausgegeben. Dasselbe enthält Mitteilungen an die Funktionäre der Ortsgruppen, eine Zusammenstellung der im Gange befindlichen Streiks, Angaben über die Dauer der Arbeitszeit und die Höhe der Löhne in den einzelnen Industriezweigen sowie über die Lage des Arbeitsmarktes. Diese Mitteilungen erscheinen in tabellarischer Form. Endlich wird über die Neuerrichtung von Ortsgruppen, den Übertritt von Mitgliedern aus einer Ortsgruppe in die andere Bericht erstattet und eine Liste der ausgeschloffenen Mitglieder publiziert. Am Schlusse wird der Rechenschaftsbericht des Kassiers mitgeteilt. Außerdem enthält das Journal gewerkschaftliche Aufsätze verschiedener Art.

Von der Zentralkasse wird nur Streikunterstützung sowie seit April 1898 ein Leichenkostenbeitrag (50 Dollars) gezahlt. Die Ortsgruppen pflegen ferner noch Kranken-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Die für die letztgenannte Unterstühtungsart an die Mitglieder verausgabten Beträge repräsentieren eigentlich nur Darlehen und müssen wieder zurückbezahlt werden. Die folgenden Zahlen geben Aufschluß über den Umfang der Unterstühtungen. Aus der Zentralkasse wurde im Verwaltungsjahr 1902/03 ausgezahlt an:

Streikunterstützung	Doll. 125890,77
Begräbniskostenbeiträge	11450,—
Nebst dem gewährten die Ortsgruppen in derselben Jahre Unterstühtungen in der folgenden Höhe:	
Arbeitslosen- und Streikunterstützung (werden nicht gesondert ausgewiesen)	Doll. 72228,—
Krankenunterstützung	13899,—
Reiseunterstützung	10502,50

Seit April 1897 haben die Ortsgruppen an Unterstühtungen insgesamt Doll. 304472,45 ausgezahlt, dagegen die Zentrale an Streikunterstützung seit 1891 Doll. 411773,16, an Begräbniskostenbeiträgen seit 1898 29250 Dollars.

Die Abrechnung der Zentralkasse des amerikanischen Maschinenbauerverbandes für das Verwaltungsjahr 1902/03 stellt sich wie folgt:

Überschuß von 1901/02	Doll. 58106,29
Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen, Zinsen und für das „Journal“ (fremde Subskribenten)	212185,55
Andere Einnahmen	29471,27
Gesamteinnahmen	Doll. 297712,89
Ausgaben für Gehälter	Doll. 8000,—
Miete Porto zc.	12396,63
Ausgaben für Organisation	5663,23
Beiträge an die American Federation of Labor	
Delegationskosten, Reisepesen	14778,26
Für Geschäftsagenten	15153,17
Für das „Journal“	19902,77
Für Streiks an eigene Mitglieder	125890,77
Für die streikenden Bergarbeiter	3300,—
Begräbniskostenbeiträge	11450,—
Andere Ausgaben	18082,99
Gesamtausgaben	Doll. 229572,32
Vermögen am Jahreschluß	Doll. 68140,07

Die Kosten der Streiks sowie der Agitation und Organisation machen den größten Teil der Ausgaben aus. Die gleiche Erscheinung tritt auch bei den meisten anderen amerikanischen Zentralverbänden als charakteristisch hervor, soweit bei diesen das Unterstützungssystem nicht vollkommen zentralisiert ist.

Gemeinsam mit den Organisationen der Mechaniker, Polierer, Metallbrucker, Plattierer und Messingarbeiter hat der Maschinenbauerverband eine Gewerkschaftsmarke (Union Label) eingeführt, die dazu dient, die in tarifreuen Werkstätten und Fabriken (Union Shops) hergestellten Waren zu kennzeichnen.

Der Verband der Eisenformer (Iron Molders Union) ist der älteste aller existierenden Zentralverbände der amerikanischen Metallarbeiter. Er wurde im Juli 1858 gegründet und besteht somit seit nahezu einem halben Jahrhundert. Die Mitgliederzahl ist erst in den letzten Jahren so bedeutend gewachsen, daß dieser Verband auch die stärkste Metallarbeiterorganisation der Vereinigten Staaten genannt werden kann und in der Hinsicht nur von wenigen Organisationen anderer Branchen (zum Beispiel Bergleute Zimmerer) übertroffen wird. Im Jahre 1893 zählte der Eisenformerverband etwa 20000 Mitglieder, im 1897 etwa 23000; in 1902 dagegen schon 54251 und in 1903 76416. Die Zahl der Ortsgruppen betrug im November 1903 464. Die Verwaltung des Verbandes ist ganz ähnlich jener der International Association of Machinists, die in den vorstehenden Zeilen besprochen wurde. Sie besteht aus dem Exekutivauschuß und einer Anzahl von „Vizepräsidenten“ und „Geschäftsagenten“, die die Agitation und Organisation leiten. Das Journal des Verbandes enthält fast ausschließlich Mitteilungen der Ortsgruppenfunktionäre sowie technische und sozialpolitische Artikel.

Das Unterstützungswesen der Eisenformer ist ein besser geregeltes als jenes der Maschinenbauer. Die Mitglieder erhalten Krankengeld im Betrag von 5 Dollars per Woche, während eines Quartals im Jahre, ebenso Arbeitslosenunterstützung. Die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder sowie durch Unfälle oder Krankheiten gänzlich invalid gewordene Mitglieder erhalten eine einmalige Abfertigung von 100 bis 150 Dollars. Diese letztere Unterstützung wurde im Jahre 1888 eingeführt, die Krankenunterstützung im Jahre 1895 und die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1897. Die Ortsgruppen gewähren gewöhnlich außerdem einen Begräbniskostenbeitrag von 30 bis 250 Dollars. Der Krankenunterstützungsfonds der Zentralkasse weist gegenwärtig einen Überschuß, der Arbeitslosenfonds dagegen ein Defizit auf.

* Beilage Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung

Über die Vermögensgebarung selbst wird nichts veröffentlicht; diesbezügliche Daten gelangen nur an die Leitungen der Ortsgruppen und werden in den Versammlungen verlesen. Es ist daher an dieser Stelle nicht möglich, über den finanziellen Stand dieser stark zentralisierten Organisation Mitteilungen zu machen.

Die Liste der im Oktober 1903 neu aufgenommenen, sowie der gestrichenen Mitglieder umfaßt nicht weniger als 46 eng bedruckte Großformatseiten. Die Aufnahmen über treffen die Streichungen der Zahl nach um etwa das Zehnfache. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der starke Zustrom neuer Mitglieder in einer Zeit stattfindet, da die Metallindustrie der Vereinigten Staaten in einer Krise sich befindet.

Eine weitere bedeutende Organisation der amerikanischen Metallarbeiter ist der Verband der Kesselschmiede und Eisenschiffbauer (Boiler makers and Iron Ship Builders). Er wurde im Jahre 1881 gegründet. An der konstituierenden Versammlung, die in Chicago stattfand, nahmen elf Delegierte von den damals bestehenden lokalen Gewerkschaften teil. Zu der Zeit umfaßte der Verband bloß die Kesselschmiede. Erst seit 1893 hat der Verband auch Schiffbauer aufgenommen und dementsprechend seinen Namen geändert. Im Verwaltungsjahr 1902 gehörten dem Verband erst 10151 Mitglieder an. Wie im offiziellen Journal dieser Gewerkschaft für Oktober 1903 mitgeteilt wird, ist jedoch die Zahl der Mitglieder bisher auf 45000 gestiegen. Gegenwärtig bestehen 393 Ortsgruppen von gelehrten Kesselschmiedern und Schiffbauern, sowie 129 Ortsgruppen von Hilfsarbeitern. Die Einnahmen der Verbandskasse per 1902 beliefen sich auf 37539 Dollars, die Ausgaben auf 29761 Dollars, darunter figurieren die Streikunterstützung mit 18211 Dollars. Der Vermögensstand am Ende des Berichtsjahres 1902 (Juni) war 7778 Dollars. Bis zum Oktober 1903 wurden für Streikunterstützung weitere 67405,53 Dollars ausgegeben. Die Verbandstage finden unregelmäßig statt. Auf dem letzten, der im Sommer 1902 abgehalten wurde, ist die Gründung einer Krankenkasse und die Zahlung von Beerdigungskosten beschlossen worden. Über die Unterstüßungsgebarung ist jedoch bisher noch kein Ausweis zur Veröffentlichung gelangt. So wie es beim Verband der Maschinenbauer der Fall ist, bringt auch das Organ der Kesselschmiede und Schiffbauer eine monatliche tabellarische Zusammenstellung über die Lage des Arbeitsmarktes, sowie über die in den einzelnen Distrikten geltende Arbeitszeit und die Lohnhöhe. Die Verwaltung dieser Gewerkschaft ist analog jener der vorher besprochenen Verbände.

Die Gewerkschaft der Kleinarbeiter, Dampfrohr- und Gasrohrinstallateure (Plumbers, Steam and Gas Fitters) und deren Hilfsarbeiter wurde im Oktober 1889 zu Washington gegründet, und zwar durch Verschmelzen diverser Lokalvereine, die zu jener Zeit bereits bestanden. Bis zum Jahre 1897 waren die Fortschritte dieser Organisation nur geringe gewesen. Erst mit dem Beginn der Besserung der Wirtschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten, gegen Ende der Neunzigerjahre, begann auch diese Gewerkschaft sich kräftiger zu entwickeln, so daß sie nun 18800 Mitglieder in 446 Ortsgruppen zählt. Bis zum Januar des letzten Jahres bestanden feinerlei zentralisierte Unterstüßungseinrichtungen. Die Beiträge an die Zentrale waren sehr niedrig, nämlich 1,04 Dollar per Mitglied und Jahr; weilers wurden 50 Cents für das Verbandsorgan, sowie 1 Dollar von jeder Einschreibgebühr an die Zentralkasse abgeliefert. Auf dem im August 1902 in Omaha abgehaltenen Verbandstag wurde jedoch die Einführung der zentralisierten Streik- und Krankenunterstützung, sowie eines Beerdigungskostenbeitrags beschlossen. Das finanzielle System war bei dieser Gelegenheit einer gründlichen Reform unterzogen worden. Alle Fonds sind nunmehr gemeinsam, während früher die Ortsgruppen das alleinige Verfügungsrecht über ihr Vermögen hatten. Der Beitrag wurde gleichförmig auf 30 Cents per Woche festgesetzt. Vom Januar bis inklusive Oktober 1903 wurden an Unterstüßungen bezahlt:

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows: Streikunterstützung (27630 Dollars), Krankenunterstützung (14710), Beerdigungskostenbeiträge (3400).

In derselben Zeit sind 6324 neue Mitglieder beigetreten, eine so große Anzahl wie in keinem vorhergehenden Jahre. Dies ist ein Beweis dafür, daß eine Organisation mit ausgebildetem Unterstüßungsweien eine größere Anziehungskraft besitzt als jene, der ein solches mangelt.

Der Verband der Mechaniker (International Association of Allied Metal Mechanics) ist eine der jüngeren Gewerkschaften. Bisher wird nur Streikunterstützung bezahlt, doch dürfte auf dem im Dezember 1903 abgehaltenen Verbandstag die Einführung anderer Unterstüßungen, gleichwie eine Erhöhung der Beiträge beschlossen worden sein. Gegenwärtig ist der Monatsbeitrag, abgesehen von Ortsgruppenzuschlägen, nur 20 Cents.

Die Gewerkschaft der Metallpolierer, Drucker und Messingarbeiter, die im Jahre 1890 aus diversen Lokalvereinen mit zusammen etwa 2000 Mitgliedern gebildet wurde, hat im Jahre 1898 einen Begräbniskostenbeitrag in der Höhe von 100 Dollars eingeführt. Außerdem wird noch Streikunterstützung gewährt.

In derselben Weise erfolgt auch im Verband der Elektrotechniker die Zahlung von Streikunterstützung und Begräbniskosten von seiten der Zentralkasse, während die Krankenunterstützung den Ortsgruppen zukommt.

Der Zentralverein der Eisenbauer hatte im abgelaufenen Jahre keine so rasche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen wie die meisten übrigen Verbände. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1613 im Jahre 1902 auf 1760 in 1903; sie verteilten sich auf 65 Ortsgruppen. Der Verein zahlt nur Streikunterstützung und Begräbniskostenbeiträge. Die Einnahmen beliefen sich im Berichtsjahr 1903 auf 7419,09 Dollars, die Ausgaben auf 6916,11 Dollars. Hier von wurden 800 Dollars für Begräbniskosten, das übrige

für Agitation, Organisation, Streiks, Verbandsorgan und Verwaltung ausgegeben.

Die Verwaltung aller dieser Verbände erfolgt in gleicher Weise durch den Exekutivauschuß, sowie eine Anzahl verschiedener Beamter und Organisatoren. Verbandstage werden zumeist in ein- oder zweijährigen Perioden abgehalten. Alle Beschlüsse der Verbandstage müssen den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden.

Eine Ausnahme von dieser Regel macht der Verband der Metallarbeiter (United Metal Workers). Diese Organisation hält niemals Verbandstage ab. Alle Anträge von seiten der Mitglieder werden im Verbandsorgan veröffentlicht und, wenn sie die nötige Unterstützung finden, zur Urabstimmung geleitet. Auch die Wahl der Funktionäre geschieht periodisch auf diese Art. Diese Form der Organisation findet sich auch bei manchen Verbänden anderer Berufe.

Hirsch-Dunckeriana.

Die Hirsch-Duncker'schen Blätter, voran der Regulator, verbreiteten in letzter Zeit mit Vorliebe Nachrichten über "sozialdemokratischen Terrorismus", der an ihren Mitgliedern verübt worden sein soll. Kommt ein Hirsch-Duncker'scher Agitator in irgend eine Stadt, so scheint er nichts eiligeres zu tun zu haben als nachzuforschen, ob sich nicht ein Scheitern zum Holzstoß für die Verbändler gewinnen lasse. Und ergibt es sich, daß einmal ein Hirsch-Duncker'sches Mitglied trumm angesehen wurde - so muß das flugs "festgenagelt" werden. Wozu das führt, ist leicht begreiflich. Wenn so von den Leitungen der Gewerkschaften vorgearbeiten wird, dann dürfen die Ortsverwaltungen nicht zurückbleiben und müssen im edlen Wettstreit auch "Moralitäten" berichten. Einen eklantanten "Meinfall" hat nun der Regulator erlitten mit einer Schauergeschichte, die ihm aus Magdeburg zugetragen wurde, und die er nun in seiner Nr. 4 zum Teil richtigstellt. Auf Wunsch unserer Magdeburger Kollegen drucken wir zwei Notizen, die über die Angelegenheit in der Magdeburger Volksstimme veröffentlicht worden sind, hier ab:

Den Lügnern auf die Finger. Ein neues Ruhmesblatt zur Kampfweise der Gewerkschaften (Hirsch-Duncker). Die letzte Nummer des Regulator, Organ des Gewerkschafts der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, bringt aus der Feder seines Magdeburger Schriftführers Ziemann folgende Notiz:

Terrorismus. In einer von unserer Seite abgehaltenen Versammlung in Magdeburg war auch der zweite Beamte des Metallarbeiter-Verbandes anwesend und betonte in der Diskussion, daß im Regie des Meisters Blümmers ein Arbeiter in 62 Stunden 7,40 Mk. verdient habe. Der Betreffende, dem das passiert ist, ist ungefähr vier Wochen Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes gewesen, wollte aber wieder ausscheiden und unserem Gewerkschaft beitreten. Er bekam nun zunächst einen Brief des ersten Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes, worin er ersucht wurde, doch ein treues Mitglied des Verbandes zu bleiben. Den Brief sandte der Betreffende wieder zurück mit der Erklärung, daß er aus dem Verband ausscheide und dem Gewerkschaft beitrete. Das ist auch geschehen. Nach der Versammlung hat sich D. bei uns aufnehmen lassen. Dann kommt ein "Zielbewußter", Herr Sch., zu D., um demselben Vorwürfe zu machen, daß er nicht im Verband geblieben, sondern zu den Hirschen übergetreten ist. Die Rollenamen, die er in seinem Arger dabei gebraucht, brauchen hier nicht wiederholt zu werden, die sind ja bekannt genug, und sind wir es ja auch von derartigen Zielbewußten nicht anders gewöhnt. Was sich der "Genosse" jedoch zum Schluß leistete, ist doch ein ziemlich starkes Stückchen. Jedenfalls hat der gute Mann in seiner "Zielbewußtheit" selbst nicht gewußt, was für eine Handlungswiese er da beging. Zum Schluß sagte Sch., nämlich zu unserem D.: Er solle sich man in acht nehmen, wenn er wolle, könne er D. sofort brotlos machen. D. sollte froh sein, wenn er (Sch.) nicht bei den Vorgesetzten anzeige, daß D. dem Redner im Schwarzen Adler Material geliefert habe. D. habe seine Vorgesetzten schlecht gemacht, und wenn er das melde, würde D. sofort brotlos. (Der betreffende D. hat bereits von seinem Meister die Weisung erhalten, wenn seine Arbeit fertig ist, wird er entlassen.) Also D. hat einmal im Kreise von Arbeitskollegen geäußert, daß er in 62 Stunden 7,40 Mk. verdient habe. Das ist den Beamten des Metallarbeiter-Verbandes sofort hinterbracht worden, und nun kommt solch ein "zielbewußter" Genosse her und droht, den D. zu denunzieren, weil derselbe sich lieber im Gewerkschaft organisiert als im Metallarbeiter-Verband. Terrorismus wird von den Verbändlern nicht geübt. Weshalb denn, der das behaupten wollte, der wäre ja ein großer Lügner.

Soviel Sätze, soviel Unwahrheiten! Vom ganzen Inhalt des vorstehenden Artikels ist nur das wahr, daß der zweite Beamte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der angezogenen Versammlung die Mitteilung machte, ein Arbeiter bei der Firma Schäffer & Budenberg habe in 62 Stunden 7,40 Mark verdient. Diese Mitteilung ist dem Beamten aber nicht von "andern Arbeitern", sondern von D. selbst übermittelt worden.

In übrigen wird der Sachverhalt von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes folgendermaßen geschildert: Am 5. November 1903 meldete sich der Revolverdreher D. aus Fernersleben in Deutsche: Metallarbeiter-Verband an und wurde aufgenommen, obgleich uns von einigen Mitgliedern mitgeteilt wurde, D. oder seine Frau hätten erklärt, daß D. nur deshalb Mitglied würde, um eine Klage gegen eine freie Hilfsklasse, aus welcher D. bei kurzer Mitgliedschaft eine hohe Summe Unterstützung herausgeholt hatte und ein erneuter Unterstützungsausspruch von der Kasse abgewiesen war, von der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes führen zu lassen. Einige Tage nach der Aufnahme stellte sich D. auch tatsächlich ein und brachte die obige Angelegenheit vor. Obwohl nun D. vom Senat in Hamburg als Aufsichtsbekörde der Krankenkasse abgewiesen war, auf einen Erfolg also nicht mehr gerechnet werden konnte, schickten wir dennoch die Akten an unsere Hamburger Ortsverwaltung ein. Wir erhielten dieselben aber zurück mit dem Bemerkten, daß da nichts mehr zu machen sei.

Hierauf schickten wir folgendes Schreiben an D.:

H. R. Uns ist mitgeteilt worden, daß Sie oder Ihre Frau gesagt haben: Jetzt wären Sie in den Verband eingetreten, ließen Ihre Klage mit der Krankenkasse durchschicken und würden, sobald dies geschehen, wieder austreten.

Das wäre allerdings eine recht traurige Handlung; wir haben aber dennoch Ihre Angelegenheit weiter verfolgt, allerdings wie das Schreiben aus Hamburg zeigt, mit negativem Erfolg. Wir hoffen, daß Sie dennoch den Beweis erbringen, daß falsches über Sie berichtet ist, indem Sie ein tapferes Mitglied unserer Organisation werden. Die Akten liegen mir bei und zwar 1, 2, 3 und 4.

Die Ortsverwaltung: A. Brandes.

Wir hatten bis zum Erscheinen des "Regulator" keine Ahnung davon, daß D. Mitglied des Gewerkschafts werden wollte und konnten den Brief also auch nicht aus diesem Grunde schreiben. D. ist aber auch heute noch nicht Mitglied des Gewerkschafts, hat bis heute den Brief noch nicht zurückgeschickt, sondern ist von uns gestrichen worden, weil er dem Fernerslebener Kassierer die Zahlung der Beiträge verweigerte. Als D. dann die Akten zurückgeschickte hatte, gebrauchte er den Vorwand, man möge ihm erst die Namen derjenigen sagen, die der Ortsverwaltung mitgeteilt hätten, daß er nur wegen seiner Klage Mitglied geworden wäre. So, wie der erste Teil Sag ist, verhält es sich auch mit dem zweiten. D. vermutete nämlich in Sch. denjenigen, der der Orts-

verwaltung Mitteilung gemacht hatte und versuchte sich an diesem dadurch zu rächen, daß er in verleumderischer Weise gegen Sch. vorging. Darauf stellte Sch. den D. zur Rede und erklärte dabei: "Wenn ich in derselben Weise vorgehen würde wie du, dann würdest du brotlos werden, aber dazu passe ich nicht!" Sch. hat also gerade dem D. die Verwerflichkeit seiner Handlung zeigen wollen.

Nun stellt es Herr Ziemann so dar, als sei die Denunziation durch Sch. erfolgt und D. entlassen. Auch das ist nicht wahr. D. arbeitet heute noch, dagegen ist infolge der Notiz im "Regulator" der Kollege Sch. am Montag entlassen worden. Vielleicht sieht Herr Ziemann das als einen glänzenden Erfolg der Wirksamkeit des Gewerkschafts an. Wie aber denken die Arbeiter im allgemeinen und die Hirsch-Duncker'schen Kollegen im besonderen über diese Handlung, die wir hierdurch niedriger hängen wollen! -

Den Lügnern auf die Finger. Hierzu erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Redaktion der Volksstimme, hier. In der Nr. 11 der Volksstimme vom 14. Januar 1904 befindet sich ein Artikel, betitelt: "Den Lügnern auf die Finger". Ich erlaube Sie höflichst, hierzu die folgende Erklärung in der Volksstimme aufzunehmen:

Ich erkläre hiermit, daß ich in keiner Art und Weise die betreffende Angelegenheit anders dargestellt habe als sie mir berichtet worden ist. Der ganze im Regulator veröffentlichte Artikel ist nur die Aussage des betreffenden D., welche derselbe zuerst gegen Gewerkschaftler geäußert und dann mir gegenüber wiederholt hat. Es ist mir nur der eine Irrtum unterlaufen, daß D. die Äußerung betreffs des Verdienstes nicht im Kreise von Arbeitskollegen getan hat, sondern direkt dem Beamten des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber. Nach D.'s erster Aussage mußte ich jedoch das so auffassen wie es im Regulator geschehen ist. Daß D. nicht Mitglied des Gewerkschafts ist, habe ich erst am 10. Januar erfahren, derselbe hat sich im Dezember schriftlich bei uns angemeldet, jedoch noch keine Beiträge gezahlt. Im übrigen hält D. nach wie vor seine Behauptungen aufrecht.

Uchtungsvoll F. Ziemann. Hierzu bemerkt die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes folgendes:

Der naive Herr Ziemann zeigt sich hier von derselben Seite wie er und ein anderer das schon einmal getan haben, wo sie die größten Verleumdungen über gewisse Personen auspresingen und dann, zur Rede gestellt, freisinnig wollten, indem sie die Schuld auf andere wälzten. Bevor man derartig schwere Vorwürfe wie die im Regulator der Öffentlichkeit preisgibt, die doch dieselbe Wirkung haben sollten als seinerzeit die Nürnberg'sche Angelegenheit des "Zins-Gehalts-Spuckens", hat man sich als anständiger Mensch zu orientieren, ob das, was man schreibt, der Wahrheit entspricht.

Wie Herr Ziemann diese erste Pflicht erfüllt hat, geht daraus hervor, daß er sich nicht einmal über die Zugehörigkeit seines Gewährsmanns Döring zum Gewerkschaft überzeugt hat. Mit der Erklärung, von D. angelogen zu sein, versucht sich Z. zu rechtfertigen und das Odium des Lügners auf jenen zu übertragen. Trotzdem versucht er im letzten Satze seine verleumderische Notiz wieder aufrecht zu erhalten. Was soll man zu einem solchen Manne sagen? Damit wird er die Erregung, die über die Entlassung Sch.'s bei Mitgliedern aller Organisationen bei Schäffer & Budenberg herrscht, nicht befähigen, sondern ihr neue Nahrung geben. -

Aus den einzelnen Branchen.

Die Durchführung des Tarifs der Berliner Rohrleger und Helfer seit dem letzten Streik.

Als am 12. November 1902 der Tarif der Berliner Rohrleger und Helfer von der Streikkommission mit Zustimmung des Unterzeichneten unterschrieben war, aber ohne Zustimmung der Streikenden, da er sich am 13. November unter letzteren ein mächtiger Enttäuschungsturn. Die Kommission wurde von vielen Kollegen mit Beleidigungen beehrt. Gefordert hatten die Rohrleger einen Mindestlohn von 60 Pf., vom 1. April 1903 an 65 Pf. pro Stunde. Die Aufstellung dieser Forderung erfolgte nur deshalb, weil die meisten Kollegen der Ortsverwaltung und der Streikkommission über die Höhe ihres bis dahin verdienten Lohnes nicht die Wahrheit gesagt hatten. Als dann bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt die Arbeitgeber zeigten, was sie bis jetzt an Löhnen bezahlt haben, daß für Rohrleger Löhne bis herunter zu 35 Pf., für Helfer bis herab zu 27 1/2 Pf. pro Stunde nichts seltenes waren, sahen sich die vier Kollegen, die die Verhandlungen führten, veranlaßt, von den Forderungen ganz bedeutend abzulassen. Es war nur ein Mindestlohn von 50 Pf., vom 1. April 1903 an 55 Pf. pro Stunde, für Helfer 37 1/2 Pf., vom 1. April 1903 an 40 Pf. pro Stunde zu erzielen. Trotzdem nun in der Versammlung der Streikenden am 13. Februar 1903, die nachträglich sich mit allen gegen drei Stimmen mit dem abgeschlossenen Tarif einverstanden erklärte, es mehrere Stunden sehr erregt herging, hatte die laut Tarif eingesehene Schlichtungskommission bis jetzt außer mit anderen Punkten alle Hände voll zu tun gehabt, um dem tariflichen Mindestlohn Geltung zu verschaffen. Ebenso erregt wie in der Versammlung unserer Kollegen, ging es in der Versammlung der Unternehmer her. Auch deren Führer wurden keine Schmeichelnamen zu teil. Die Mehrzahl der Unternehmer war der Meinung, ihre Vertreter hätten sich auf dem Einigungsamt breit schlagen lassen und deshalb zu viel Zugeländnisse gemacht.

Wie aber alle staatlichen Geseze umgangen werden, so haben wir auch hier die Erfahrung gemacht, daß mehrere Unternehmer alle Kniffe anwenden, den Tarif zu umgehen. Dazu kommt, daß unsere Kollegen zum Teil nicht mit dem Eifer wie während des Streiks zur Organisation gehalten haben. Es gehört aber deren volle Unterstützung dazu, alle Kollegen müssen den tariflichen Mindestlohn fordern.

Am 16. Februar 1902 fand eine allgemeine Versammlung statt. Es war notwendig, den circa 900 Rohrlegern und Helfern, die vor den Verhandlungen auf dem Einigungsamt schon zu den von der Organisation gestellten Forderungen arbeiteten, zu erklären, daß ein Tarifvertrag auch dann mehr Wert hat, wenn der garantierte Lohn etwas niedriger ist als in den Metalltarifen. Auch in dieser sehr stark besuchten Versammlung war man der Meinung, das Erreichte anzunehmen und mit ganzer Kraft dahin zu wirken, daß der bis dahin auf dem Papier gefundene Tarif auch in der letzten Werkflatt Geltung erlangt. - Da bei Beendigung des Streiks der Wortlaut des Tarifs nicht in der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckt worden ist, so will ich ihn nebst der Anweisung wiedergeben:

Bereinigungen

zwischen den Berliner Rohrlegern und Helfern einerseits und den Mitgliedern der Berliner Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsfachmännern, des Verbandes der Zentralheizungsindustriellen (Ortsgruppe Berlin), der Vereinigung der Berliner Gas- und Wasserinstallateure und der Zwangsinnung Charlottenburg andererseits.

Gültig vom 12. November 1902.

- 1. Neunstündige Arbeitszeit von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr einschließlich Materialempfang und zweistündiger Pause. - 2. Neu einwirkende Monteur bezugsweise Rohrleger erhalten bis zum 1. April kommenden Jahres nicht unter 50 Pf. und von da ab nicht unter 55 Pf. Stundenlohn. Helfer erhalten nicht unter 37 1/2 Pf. pro Stunde. Helfer, welche am 1. April 1903 einen Lohnsatz von 37 1/2 Pf. bekommen haben, erhalten von da ab einen Lohn von fünfzig nicht unter 40 Pf. - 3. Von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr wird als Nachtarbeitszeit anerkannt und mit 50 Prozent Zuschlag pro Stunde, auch für Sonn- und Feiertage, bezahlt. Die Pausen werden mitbezahlt. - 4. Akkordarbeit ist möglich zu

vermeiden eventuell muß der festgesetzte Lohn gesichert werden. — 5. Landzulage für auswärtige Arbeiter innerhalb Deutschlands wird für Rohrleger mit 3 Mk., für Helfer mit 2 Mk. pro Tag berechnet. Vom 1. April 1903 ab erhalten die Helfer ebenfalls 3 Mk. pro Tag Landzulage. Wenn Kost und Logis, das heißt, wenn alles gemährt wird, erhalten vom 1. April an Monteur beziehungsweise Rohrleger und Helfer pro Tag 1,50 Mk. Die Heizzeit wird laut Lohnvertrag vergütet jedoch ohne Zuschläge und Landzulage. Das Fahrgehalt wird für die dritte Wagenklasse verrechnet. — 6. Für jede Arbeitsstunde, die drei Kilometer vom Geschäft entfernt liegt, ist Fahrgehalt, für Vororte ist Fahrzeit und Fahrgehalt zu vergüten. — 7. Sonnabends findet die Lohnzahlung von 6 Uhr ab und vor den Feiertagen von 4 Uhr ab im Kontor oder auf dem Bau statt. — 8. Bei Hoch- und Tiefbauten ist gutes und genügendes Mistholz, Heuboden und Leitern zu liefern. Auf Bauten und Streckenarbeiten ist ein verschleißbarer, mit Selbstvorrichtung versehener Raum, zur Verfügung zu stellen. Bei Arbeiten im Grundwasser sind wasserdichte Stiefel zu liefern. — 9. Sämtliche für den Beruf notwendigen Werkzeuge sind in gutem, brauchbarem Zustand zu liefern, desgleichen Fußlappen, Eimer. Auslagen, die eventuell hierfür erforderlich sind, werden vergütet. — 10. Maßregelungen wegen Durchführung des Lohnvertrags dürfen nicht stattfinden. (Gegenseitig.) — 11. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. September 1905 und ist drei Monate vor dem 1. September 1905 zu kündigen, andernfalls er mit gleicher Kündigungsfrist auf ein Jahr verlängert. — 12. Zur Überwachung dieses Vertrags wird eine Schlichtungskommission gebildet, welche spätestens am 1. Dezember 1902 in Kraft tritt. Dieselbe besteht aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen.

Für die Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsfachmänner in Berlin: Ludwig Grün, Obermeister. Für den Verband der Heizungs-Ingenieure: Hermann Wetter. Für die Vereinigung der Berliner Gas- und Wasserinstallateure: F. Schneeweiß. Für die Zwangsinnung Charlottenburg: Louis Pajch. Für die Berliner Rohrleger und Helfer: Oskar Ficius, Rich. Fein, Wilh. Gurtschke, Max Eschbke.

Zu 2. Wir erwarten, daß nun endgültig das Unterbieten sowohl von den Rohrlegern wie von den Helfern aufhört. Jeder Rohrleger, der Gas-, Wasser- und Heizungsbranche, sobald er nicht mehr Helfer ist, das heißt sobald er Werkzeug erhält, darf nicht unter 50 Pfg. pro Stunde arbeiten, vom 1. April 1903 nicht unter 55 Pfg. pro Stunde. Jeder Helfer, welcher bei einem Rohrleger arbeitet, darf nicht unter 37 1/2 Pfg. pro Stunde, vom 1. April nicht unter 40 Pfg. pro Stunde arbeiten. (Erdarbeiter sind von dieser Vereinbarung ausgeschlossen.) — Des weiteren ist zu bemerken, daß es nötig war, die Lohnzahlung so zu regeln, daß niemand von den Kollegen, die bis jetzt schon etwas besseres hatten, als wir forderten, geschädigt wurde. Es ist deshalb ausdrücklich betont, daß überall da, wo für die Kollegen günstigeres besteht, eine Verschlechterung nicht eintreten soll. — Zu 3. Das Arbeiten der Überstunden ersuchen wir, zu vermeiden. — Zu 4. Da die Unternehmer sagen, unsere Kollegen drängen zur Akkordarbeit, so erwarten wir, daß die Zeit, in welcher der Tarif Gültigkeit hat, dazu benutzt wird, um den Kollegen die Schädlichkeit der Akkordarbeit vor Augen zu führen. Wer nicht auskommt mit dem Lohn, den er erhält, der soll mehr Lohn fordern und nicht wünschen, daß er auf Kosten seiner Mitarbeiter, vielleicht als Obermonteur, ein höheres Einkommen hat. — Bei 7. ist zu bemerken, daß die Lohnzahlung des Sonnabends eine Stunde, vor den Feiertagen zwei Stunden vor Schluß der Arbeitszeit stattfindet. Wir erwarten, daß sich die Kollegen pünktlich zur Lohnzahlung einstellen. — Wenn in obestehenden Abmachungen nicht alles enthalten ist, was festgelegt werden muß, oder wenn Kollegen der Meinung sind, daß mehr herauskommen müßte, so ist es Aufgabe der Berliner Rohrleger und Helfer, fest zur Organisation zu halten, dann werden wir bei der Kündigung des Tarifs in der Lage sein, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu vereinbaren, daß jeder organisierte Kollege damit zufrieden sein kann. — Zu 12. ist zu bemerken, daß alle Verstöße gegen den Tarif, alle Differenzen, welche bei der Durchführung desselben entstehen, sofort an die Mitglieder der unten angegebenen Tarif- beziehungsweise Schlichtungskommission zu melden sind. Nur dann wird es möglich sein, die Innehaltung des Tarifs zu erreichen.

Wilhelm Gurtschke, Stalikerstr. 59, Max Eschbke, Land-bergerstr. 14, S. p. Ernst Tollkötter, Forsterstr. 51, II, Carl Eschbke, Rigdorfer, Richardstr. 101, Carl Wiefenthal, Engel-der-16, I, Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ordoverwalter Berlin. Erfahrmänner: Oskar Ficius, Münchebergerstr. 28, P. Marx, Bernauerstr. 114 c, Arnold Sobischek, Spandau, Stresemplatz 17, III, bei Hagen.

Als nach Beendigung des Streits die erste Sitzung der Schlichtungskommission stattfand, waren, belegt durch Lohnbüdten, viele Fälle von nicht tarifmäßiger Bezahlung zu verhandeln. Die Unternehmer versprachen, bei den betreffenden Firmen für Einhaltung des Tarifs vorstellig zu werden. Dies wurde getan und hatte überall vollen Erfolg. Der zweite Punkt der Sitzung waren Beschwerden gegen den Arbeitsnachweis in der Dresdenerstraße, der die Kupferschmiede, die am Streik teilgenommen hatten, vom Arbeitsnachweis der Kühnemann auspernte. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Vertreter der Vereinigung der Gas- und Wasserinstallateure — dies ist die eine Gruppe von Unternehmern, die dem Arbeitsnachweis angeschlossen ist: — Die Kupferschmiede haben aus Sympathie geschreift, unsere Vereinigung ist wegen dem Tarifvertrag nicht mehr in der Vertrauenskommission vertreten, deshalb haben wir keinen Einspruch auf den Arbeitsnachweis. Des weiteren wurde erklärt: „Wir haben keine schwarze Liste in Umlauf gesetzt.“

Selten ist so klar wie hier bewiesen worden, daß die Kühnemann keinen Frieden auf der Basis der Gleichberechtigung wünschen. In unserer Schlichtungskommission sind alle vier in Berlin und Umgebung bestehenden Organisationen der Unternehmer vertreten. Wir legten in dieser ersten Sitzung den Entwurf einer Geschäftsordnung vor, der in etwas abgeänderter Fassung einstimmig angenommen wurde. Hier der Wortlaut:

- § 1. Jede Partei wählt einen Obmann, die bilden mit dem Vorsitzenden den Vorstand der Kommission. Der Vorsitzende nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Bei Verhandlungen ohne Vorsitzenden leitet der Obmann, der Arbeitgeber oder dessen Vertreter die Sitzung.
- § 2. Streitfälle sind dem Obmann der betreffenden Partei anzugehen. Dieser soll alsdann mit dem Obmann der anderen Partei in Verbindung treten, mit diesem den Fall untersuchen und nach Möglichkeit schlichten, wobei nötigenfalls auch nach Ermessen der beiden Obmänner hinzugezogen und die beiden Parteien des Streitfalles gehört werden können.
- § 3. Ist eine Einigung der Parteien in dieser Weise nicht möglich, so ist auf Verlangen des anrufenden Obmannes möglichst innerhalb einer Woche eine Kommissionsitzung einzuberufen. Der Vorstand verabredet alsdann den Sitzungstermin und jeder Obmann leitet die vier Mitglieder seiner Partei ein.
- § 4. An Abstimmungen dürfen sich von einer Partei nur so viel Vertreter beteiligen, als von der anderen Partei Vertreter anwesend sind. Wer beim Abstimmen ausbleibt, entscheidet das Los.
- § 5. Sind Mitglieder der Schlichtungskommission durch Krankheit oder Montage verhindert, so den Sitzungen teilzunehmen, so sind an deren Stelle gewählte Ersatzpersonen, deren Namen der Schlichtungskommission bis zum 1. Januar 1903 mitzuteilen sind, zu wählen.
- § 6. Über sämtliche Verhandlungen wird ein Protokoll geführt, welches vom Obmann der Arbeitgeber in Verbindung genommen wird. Das Protokoll wird abwechselnd von den Schriftführern beider Parteien — bei den Verhandlungen (§§ 1 und 2) von den Obmännern selbst — geführt. Zum Zeichen der Anerkennung ist das Protokoll von beiden Obmännern zu unterschreiben. Den Arbeitnehmern ist auf Wunsch eine Abschrift der Protokolle zuzustellen.
- § 7. Änderungen dieser Geschäftsordnung unterliegen dem Beschluß der Kommission.

Nachdem diese Formalität erledigt war, legten die Unternehmer gegen die Wahl des Unterzeichneten als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes in der Schlichtungskommission Protest ein. Die Begründung war: C. W. hat in den Streikversammlungen zu jener Zeit gegen die Unternehmer gesprochen. Die Berliner Ortsverwaltung lehnte dies Ansuchen ab mit der Begründung, sie wähle ihre Vertreter nur einmal und nicht nach dem Wunsch der Unternehmer. Darauf zogen die Unternehmer ihren Protest zurück. Seitdem gehen die Verhandlungen sehr gut vor sich.

In den ersten vier Monaten der Geltung des Tarifs mußte mit aller Macht dahin gewirkt werden, daß der tarifliche Mindestlohn bezahlt wurde. Fast noch größere Anstrengungen mußte die Organisation anfangs April machen, weil vom 1. April der Mindestlohn um 5 und 2 1/2 Pfg. pro Stunde erhöht werden mußte. Viele Unternehmer suchten nach allen Richtungen an dem Tarif herumzubastern, nur um die Lohnhöhung nicht zahlen zu müssen. Erst als die Schlichtungskommission erklärte, vom 1. April 1903 an darf kein Rohrleger unter 55 Pfg. und kein Helfer unter 40 Pfg. beschäftigt werden, ließen die Differenzen nach und kam etwas Ordnung in die ganze Sache. Genau so wie mit dem Mindestlohn, machten es die Unternehmer mit dem Fahrgehalt und der Fahrzeit. Das genaueste Kuntstück war, zu erklären, wir mieten in den Vororten ein Zimmer, richten ein Bureau ein, nehmen dort die Arbeiter an und bezahlen weder Fahrgehalt noch Fahrzeit. Das ging den Unternehmern in der Schlichtungskommission doch zu weit. Deshalb wurden am 6. Mai die §§ 2, 6, 7 und 10 von der Schlichtungskommission so interpretiert, daß Irrtümer für die Zukunft ausgeschlossen erscheinen. Die Organisation hat diese Entscheidungen mit einem kleinen Nachruf allen Rohrlegern und Helfern zugänglich gemacht. Hier der Wortlaut:

Entscheidungen
der Schlichtungskommission für das Rohrlegergewerbe von Berlin und Umgegend.

Nach längeren Beratungen hat die Schlichtungskommission für die Auslegung der §§ 2, 6, 7 und 10 des Tarifs folgende Grundfälle einstimmig aufgestellt.

- Zum § 2: „Helfer, gleichviel, ob sie schon vor dem 1. April 1903, oder erst mit, oder nach diesem Zeitpunkt eingestellt worden sind, erhalten vom 1. April 1903, respektive vom Tage ihrer Einstellung ab, nicht unter 40 Pfg.“ — Zum § 6: „Für die Vergütung von Fahrgehalt und Fahrzeit ist ohne Rücksicht auf die Wohnung des Arbeiters ausschließlich maßgebend die jedesmalige Entfernung der Arbeitsstelle vom Geschäftsort. Ist die Arbeitsstelle mehr als fünf Kilometer vom Geschäft entfernt, so ist Fahrgehalt und Fahrzeit zu vergüten für die täglich einmalige Hin- und Rückfahrt zwischen Geschäft und Arbeitsstelle mit dem vom Arbeitgeber zu bestimmenden Verkehrsmittel.“ — Zum § 7: „Die Lohnzahlung findet an den Feiertagen eine Stunde, vor den Feiertagen zwei Stunden vor Beendigung der sonst üblichen Arbeitszeit statt. Ein Abzug für diese Verkürzung der üblichen Arbeitszeit ist unstatthaft.“ — Zum § 10: „Die Entlassung eines Arbeitnehmers aus dem Grunde, weil er eine Lohn-differenz durch die Schlichtungskommission hat ordnen lassen, muß als Maßregelung gelten. Ist einem Arbeitnehmer der ihm nach vorstehenden Grundfällen zustehende Lohn nach dem 1. April dieses Jahres nicht vollständig bezahlt worden, so kann ihm die Nachzahlung des fehlenden Betrags nicht vorenthalten bleiben.“

Nun liegt es an uns, diesen Grundfällen im ganzen Tarifgebiet Geltung zu verschaffen. Kollegen, Sie sehen, daß alle Beschwerden sachlich und unparteiisch geprüft werden. Es gilt nun in unserem wie im Interesse der Unternehmer in allen Betrieben von Berlin und Umgegend unseren Tarif zur Anerkennung zu bringen. Dadurch allein kann die Schmutzkonturrenz und das Drücken der Preise beseitigt werden. Dazu ist aber notwendig, daß zuerst jeder Kollege an seinen Chef persönlich mit seiner Beschwerde oder Forderung herantritt, nachdem er vorher bei seinem Meister oder Inspektor damit keinen Erfolg gehabt hat. Nur wer selbst den Mut hat, sich einzutreten, hat ein Recht, sich an die Schlichtungskommission beschwerdeführend zu wenden. Müßt die persönliche Beschwerde beim direkten Vorgesetzten und beim Chef nichts, so muß unverzüglich eine Vertretersammlung einberufen, eine Kommission gewählt und im Namen aller Kollegen die Innehaltung des Tarifs verlangt werden. Zu dieser Vertretersammlung muß unbedingt ein Mitglied der Schlichtungskommission eingeladen werden. Nur jede so vorbereitete und unterstützte Beschwerde werden die unterzeichneten Mitglieder der Schlichtungskommission voll und ganz vertreten. — 1. Carl Wiefenthal, Engelauer 15, I. 2. Wilhelm Gurtschke, Stalikerstr. 59. 3. Oskar Ficius, Münchebergerstr. 28. 4. Carl Eschbke, Rigdorfer, Richardstr. 101. 5. P. Marx, Bernauerstr. 114. Erfahrmänner: 1. Arnold Sobischek, Spandau, Stresemplatz 17, III. 2. Richard Fein, Vorfigstr. 29.

Auf Grund dieser Entscheidungen hat eine Firma allein an einen Kollegen 15,00 Mk. an Fahrgehalt und Fahrzeit nachzahlen müssen.

Von den Verhältnissen, die den Unternehmernorganisationen nicht angehören, sind es die Firmen Schuppmann und Bechem & Poff, die vor dem Berliner Einigungsamt den Tarif anerkannten. In den betreffenden Protokollen wird erklärt: Die Firmen verpflichten sich, auch alle zukünftigen Entscheidungen der Schlichtungskommission anzuerkennen.

In einer Vertretersammlung am 2. Oktober 1903 zwölf Kollegen ohne Verbindlichkeit mit der Ortsverwaltung die Arbeit nieder. Diese Firma gehört der Berliner Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsfachmänner als Mitglied an. Die Ortsverwaltung mußte sofort eingreifen und andere Arbeitskräfte vermitteln sowie durch Rohrpostkarte die Kollegen anweisen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Nur sechs Kollegen leisteten dieser Aufforderung Folge. Die Erklärung dafür ist, daß die meisten der zwölf Arbeiter nicht organisiert waren. Vor dem Unternehmer wurde die Schlichtungskommission interpelliert: Welche Garantien bietet der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegen Tarifbruch seiner Mitglieder? Daran knüpfte sich selbstverständlich eine rege Debatte. Da aber wenige Wochen später bei einem Streite der Firma Glöckner für uns die Frage aufstand: Welche Garantien bieten die Organisationen der Unternehmer, wenn wir bei einer renitenten Firma wegen Anerkennung des Tarifs streiten? so wurden für diese Fälle folgende Grundfälle aufgestellt, die jetzt als neue Paragraphen des Tarifs gelten:

- § 13. In den Verträgen und auf den Bauten Berlins und seiner Bezirke sind, wenn ein Arbeitgeber die Verpflichtungen des Lohnvertrags nicht erfüllt, die Arbeiter unter allen Umständen verpflichtet, die Arbeit nicht früher wiederzugeben als bis die Schlichtungskommission über den Streitfall verhandelt hat.
- § 14. Wenn die Arbeiter trotzdem die Arbeit niederlegen, so ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband verpflichtet, seinen Arbeitsnachweis zur Beschaffung anderer Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Er darf die Firma nicht durch seine Propaganda sperren und den Arbeitern, die der obigen Vereinbarung durch Arbeitsniederlegung gegenüber gehalten, keine Unterstützung zahlen. Die durch den Arbeitsnachweis als Ersatz gezahlten Löhne sind verpflichtet, in der ersten Woche zum Mindestlohn des Tarifs zu arbeiten.
- § 15. Gegen Arbeiter, die entgegen den Forderungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Tarif brechen, muß beim Vorstand des letzteren der Antrag auf Ausschluss gestellt werden.
- § 16. Wenn in einer Vertretersammlung die beiden Verbände der Arbeitgeber als Mitglied nicht angehört, die Arbeit zwecks Durchführung des Lohnvertrags niedergelegt wird, so verpflichten sich die Verbände der Arbeitgeber, wenn vorher der Obmann der Arbeitgeber durch persönliche Rücksprache benachrichtigt ist: 1. ihren Arbeitsnachweis anzuweisen, daß dem betreffenden Arbeitgeber keine Arbeitskräfte zugewiesen werden; 2. dem Arbeitgeber, wenn er die Hilfe der Arbeitsnachweise oder der Verbände anruft, zur Pflicht zu machen, daß er, soweit es nach dem Übereinkommen der beiden Obmänner tauglich erscheint, bei Wiederaufnahme der Arbeit seine alten Leute wieder einstellt. —

Daß der Tarif der Rohrleger und Helfer von Berlin und Umgegend durch diese Garantien des Verbandes nach für die Arbeitgeber an Wert bedeutend gewonnen hat, versteht sich am Rande.

Neben dem bisher geschilderten haben die Berliner Kollegen einen energischen Kampf zu führen gegen die Firmen aus anderen Städten Deutschlands, die in Berlin Filialen haben. Aus diesem Grunde und aus den Unzuträglichkeiten, die den Berliner Kollegen gemacht werden, wenn sie auf Montage gehen, haben die Berliner Rohrleger an den Vorstand den Antrag gestellt, eine Konferenz für ganz Deutschland einzuberufen. Da der Verwaltung Hannover und, wenn ich nicht irre, auch der Verwaltung Gannover dieser Antrag vom Vorstand bereits abgelehnt worden ist, dürfte es gut sein, wenn auch andere Städte ihre Wünsche nach dieser Richtung durch die Zeitung oder brieflich dem Vorstand zur Kenntnis bringen. Wir haben heute auf unseren Antrag noch keinen Bescheid, doch rechne ich bestimmt damit, daß der Vorstand nach unserer Begründung einstimmig beschließt: Auf den zweiten und dritten Ostertag ist eine Konferenz der Rohrleger Deutschlands einzuberufen.

Karl Wiefenthal.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Auf Grund mehrfacher Anfragen machen wir bekannt, daß den Mitgliedern, die weder Extrabeiträge für Jherlohn noch etwaige Extrasteuern für lokale Zwecke entrichtet haben, ein zweites Mitgliedsbuch erst nach Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten ausgestellt werden darf.

Die Enttragung der Meißelgebühren und der Arbeitslosenunterstützung in die zweiten Mitgliedsbücher hat für das Jahr 1903 im einzelnen unter Einwirkung des jedesmaligen Erhebungstages zu erfolgen, damit vorkommenden Falles festgestellt werden kann, ob das betreffende Mitglied weiteren Anspruch auf Meißelgebühren oder Arbeitslosenunterstützung hat.

Sichtlich der Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

In der abgelaufenen Woche ist den Verwaltungstellen-Geschäftsführern eine Instruktion und Material betreffend die Zugangswarnungen zugegangen, und wollen diejenigen, die es noch nicht erhalten haben, umgehend nach hier Nachricht geben. Die allwöchentlich mit der Metallarbeiter-Zeitung zum Versand kommenden Plakate befinden sich in dem Paket (Kreuzband), in dem sich das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands befindet.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Pforzheim die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pfennig pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3a, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lürach: der Metallarbeiter Arno Lauterbach, geb. am 7. Februar 1870 zu Entersdorf, Buch-Nr. 639 135, wegen Schädigung des Verbandes.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Koblenz der Schmied Hubert Oden, geb. am 3. November 1871 zu Koblenz, Buch-Nr. 272 118, gleichfalls wegen Schädigung des Verbandes.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Der Klempner Wilhelm Grünmann, geb. am 24. Januar 1869 zu Neup., Buch-Nr. 139 942.

Der Klempner Hermann Popp, geb. am 17. Juni 1873 zu Hamburg, Buch-Nr. 275 199, nach einem von der Verwaltungsstelle in Schleswig gestellten Antrag auf Ausschluß wegen Diebstahl beziehungsweise Logischwindeln.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Nöie-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Dreheru nach Breslau (Maschinenbauanstalt);
- von Feingoldschlagern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentengasse 12; Adam Singer, Bärenschanzstr. Jean Kieß, Fürtcherstr.; Michael Pfeifer, Paradiesstr.); nach Fürth (Kubwig Spiegelberger, Königsplatzstr.); nach Stuttgart (Kuitlen) D.;
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Dessau (H. Beder & Co.) M.; nach Erfurt (Küchler) D.; nach Wevelsberg (Müller) M.; nach Hildesheim (Gebr. Propfe) St.; nach Neuhappin;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Weimar (Gebr. Müller) D.;
- von Gläsern nach Berlin St.;
- von Klempnern nach Kopenhagen (Dänische Gasbrenner-Fabrik);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Freiberg i. Sachsen D.;
- nach Groß-Berkel B. Gameln (Riemann & Albedineyer);
- nach Sarstedt bei Hannover (Voh) M.;
- von Metallschlägern nach Berlin St.;
- von Metallschlägern nach Dresden, besonders (G. Sieber in Neutadisch) D.;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.;
- von Schlossbauern nach Heiligenhaus (Karl Rittmann) St.;
- von Schloßern und Schmiedern nach Führberg bei Mellendorf (Geijßenbüttel & Stache) St.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitplätze, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Anschlag; L.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Mißstand; K.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Klempner. Offen. Bei der schlagfertigen Firma Moritz Kobi haben sämtliche Kollegen wegen Maßregelung eines Kollegen die Arbeit eingestellt.

Chemnitz. Eine von über 100 Kollegen besuchte öffentliche Kumpnerversammlung fand am Freitag den 15. Januar im „Schöngenhau“ statt. Kollege Hahn erstattete den Bericht des Agitationskomitees und gab das Resultat der aufgenommener Statistik bekannt. Aus dem Bericht ist das Bemerkenswerteste, daß infolge der intensiven Agitation die Zahl der Verbandsmitglieder um fast das Doppelte gestiegen ist. Dagegen ist die familiäre Aufnahme in mehr als einer Beziehung sehr mangelhaft ausgefallen. Nicht allein, daß nur 95 von 250 ausgesandten Fragebogen retour kamen, auch die Beantwortung mancher Fragen läßt viel zu wünschen übrig. Scharf zu rügen ist, daß noch lange nicht einmal alle Organisierten die Bogen beantwortet haben. Die Arbeitszeit ist nach der Statistik im Durchschnitt wöchentlich 62 Stunden im Winter, 60 Stunden im Sommer. Als Ventilationseinrichtung wird von manchem noch Lärre und Fenster betrachtet. Wascheinrichtungen sind selten anzutreffen, häufig wird eine „alte Gießkanne“ oder diltlo „Eim.“ als solche angegeben. Die meisten Kollegen müssen den Arbeitsschmutz mit nach Hause nehmen. Die Behandlung durch die Unternehmer ist „leiblich“, in einigen Fällen „gut“, manchmal „brutal“, „gemein“, „verschieden“ und „richtet sich nach der Witterung“. Auch „antreibend“ und „kann nicht genug fertig kriegen“ kommt vor. Das Antreiben ist aber speziell auf Wauten am wenigsten angebracht, weil durch das Hasten die nötige Vorsicht außer Acht gelassen wird und dadurch Unglücksfälle vorkommen. Auch die Werkstat ist nicht immer hell und sauber, sondern oft „dunzel“, „dunster“ und „könnte mal geweißt werden“. So ungefähr ist's auch mit den Aborten, diese sind manchmal „unsauber“, auch „fehlt der Schlüssel“. In Summa: ein unerfreuliches Bild der Lage der Chemnitzer Kumpner. Weiter wurde der ausgeteilte Tarif in seinen einzelnen Positionen beraten und nach unwesentlichen Abänderungen en bloc angenommen. Ins Agitationskomitee wählte man Hahn, Schmidt, Kolb und Neubert. Die Hauptarbeit aller Kollegen muß nun dahin gerichtet sein, sämtliche noch fehlenden Kollegen dem Metallarbeiter-Verband zuzuführen, um die Tarifgemeinschaft durchzusetzen.

Metallarbeiter.

Altenburg. In der am 16. Januar abgehaltenen Mitglieder-versammlung erstattete der Bevollmächtigte, nachdem die Abrechnung vom vierten Quartal zur Kenntnis gebracht und für richtig befunden war, den Jahresbericht, aus welchem wir nur einiges herausgreifen wollen. Die Einnahme inklusive des Kassenbestandes vom 31. Dezember 1902 in Höhe von 354,56 Mk. betrug 19707,46 Mk., der eine Ausgabe von 19402,76 Mk. gegenüberstand. Unter der Ausgabe befindet sich unter anderem: An die Hauptkasse gesandt 11600 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 3374,95 Mk., Miteigent 567 Mk., Unterstützung nach § 2c 197,50 Mk. etc. Die Lokalasse bilanzierte in der Einnahme und Ausgabe mit 3124,16 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1902 1018 männliche Mitglieder. Im Jahre 1903 sind eingetreten 226, zugereist 108, in Summa 1352 männliche Mitglieder. Abgegangen sind in derselben Zeit 291, so daß am 31. Dezember 1903 der Mitgliederbestand 1062 war. Frauen in abgelassenen Jahre auch keine Arbeitslosenunterstützungen statt, so konnten doch einige Verschlechterungen abgewehrt und in zwei Fällen Verbesserungen erreicht werden. Es hätte zweifellos noch mehr erreicht werden können, wenn sich die Mitglieder daran gewöhnen würden, alle Vorkommnisse dem Bevollmächtigten zu melden und nicht alles ruhig über sich ergehen ließen. In dieser Beziehung steht obenan die Nähmaschinenfabrik von Hermann Köhler. Derselbe Köhler, der voriges Jahr 30000 Mk. zu einer Stiftung spendete, was von der bürgerlichen Presse natürlich gewürdigt wurde, versteht es vorzüglich, Lohnzüge zu machen, wozu ihm die im allgemeinen noch gedrückte wirtschaftliche Lage sehr zu statten kommt. Vor Weihnachten schickte er seinen Direktor fort und stellte an dessen Stelle einen Obermeister namens Groß an. Diese Person scheint sich nun nicht nur als Handlanger des Köhler in Lohnabhängigen herzugeben, sondern will noch die Günstigkeit des Chefs besonders dadurch erwerben, daß er ein ausgeprägtes Straffsystem einzuführen versucht und selbst vor Prügelstrafe, wie er schon gezeigt hat, nicht zurückschreckt. Man zieht dem einen Arbeiter 1 Mk., dem anderen 3 Mk. für angeblich verpfuschte Arbeit ab, die aber dann immer noch mit verwendet wird. Wir möchten Köhler an seine schönen Worte erinnern, die er bei seiner silbernen Hochzeit, als ihm die Arbeiter ein Diplom überreichten, sprach. Da wünschte er, daß auch in Zukunft eine Anhänglichkeit der Arbeiter an das Geschäft bestehen bleibe. Aber was haben wir seitdem erlebt? Fühlen die Arbeiter nicht den Hohn, der aus seinen Worten spricht, und werden die Arbeiter nun begreifen lernen, daß bei allen derartigen Anlässen sie ihre Hände fernzuhalten haben? Sind es doch immer nur wieder die Arbeiter, die nicht nur die Zehne für solche Ehrungen, sondern noch weit darüber hinaus bezahlen müssen. Aber auch noch von etwas anderem sollten sich die Arbeiter zurückziehen, und das ist das in dieser Fabrik so sehr ausgedehnte Pumpsystem, wie man es schwerlich in einer zweiten Fabrik hier oder auswärts finden dürfte. Es ist geradezu ein Übel zu bezeichnen, und niemand denkt daran, daß man sich dadurch an den Fabrikanten verkauft. Dem Fabrikanten trägt es überreichliche Zinsen, wenn er sich sagen kann, 100 Arbeiter hast du am Fingel, die können nicht so wie sie wohl möchten. Würde ein jeder, den es angeht, diese Zeilen beherzigen und bestrebt sein, von diesem Joche sich frei zu machen, fest an der Organisation zu halten und für diese zu wirken, dann werden auch die Arbeiter eine Macht bilden, die sie vor den Lämmern der Unternehmer schützt.

Wonn a. Rh. Im Oktober vorigen Jahres besaßte sich ein Artikel der Metallarbeiter-Zeitung mit den Verhältnissen der hiesigen Metallarbeiter, und es wurden besonders die Mißstände in der Fabrik von Fr. Sonnenken einer eingehenden Kritik unterzogen. In der vor kurzem abgehaltenen Generalversammlung der Krankenkasse dieser Firma mußte der Artikel herhalten: der Herr Kommerzienrat Sonnenken gebrauchte unter anderem die Worte: „Günstlicher“, „phantastische Köpfe“ und rümpfte das alte Lied von den „vor Arbeitergroßchen bezahlten Agitatoren“ wieder an. Wenn der Herr Kommerzienrat die Arbeiterbewegung als ein Phantastengebilde hinstellt, während gebildete und vorurteilslos denkende Menschen sie schon längst als berechtigten Faktor anerkennen, so klingt diese Äußerung aus dem Munde des Mannes, der im vorigen Jahre in der rheinischen Universitätsstadt, dem Sitz der Wissenschaft, als Reichstagskandidat der liberalen Partei aufgestellt war, recht sonderbar. Daben doch vor zwei Jahren Bonner Professoren in anerkannter Weise der Gewerkschaften Vorträge gehalten und hat doch sogar die Bonner Universitätsverwaltung die Räume der Hochschule dazu hergegeben. Es scheint, daß der Herr Kommerzienrat eben einseht, daß seine Arbeiter langsam zu denken anfangen. Aber daran sind nicht etwa die „Günstlicher“ und „bezahlten Agitatoren“ schuld, nein — das liegt zum größten Teile an den Beamten und Weibern, die nicht den Mut haben, den Fabrikherren über Mißstände aufzuklären, sondern in Unterwürfigkeit nach oben hin ersticken und unten desto energischer ihre Macht fühlen lassen. Warum waren denn die Verhältnisse in der Schloßerei besser, als der Bruder des Herrn Kommerzienrats noch darin tätig war? Wenn Leute, die schon jahrelang dort arbeiten und nicht etwa im Beruf eines „Anfuhrers“ stehen, erklären, daß es bald nicht mehr so weitergehen kann, dann muß doch etwas faul im Staate Dänemark sein. Der Herr Kommerzienrat erklärte unter anderem, daß in seinem Betrieb keine Hungerlöhne bezahlt würden. Das ist auch gar nicht behauptet worden; nach dem neuesten, was wir erfahren, scheint man aber auf dem besten Wege dazu zu sein. Es sollen doch neuerdings Schloffer mit einem Tagelohn von 2,50 Mk. eingestellt worden sein. Von diesem Lohne müssen die Schloffer dann noch ihr Werkzeug bezahlen. So kostet eine neue Feile 1,20 Mk., eine aufgezogene 60 Pf. Die Lackierer müssen Pinsel und Bronze bezahlen, in der Schleiferei scheint es nicht besser zu sein. Dieses und die fortwährenden Unforderezyklungen, von den übrigen Sachen noch zu schweigen, sind doch nicht dazu angetan, das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeitern zu erhalten. Wenn der Herr Kommerzienrat seinen Wunsch, auch weiter in guten Einvernehmen zu arbeiten, erfüllt sehen will, so muß er mehr mit den Arbeitern selbst Sühnung nehmen, denn von den Weibern und Beamten be-

kommt er keinen reinen Wein eingeschenkt. Den Arbeitern können wir nur anraten, sich der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anzuschließen und sich nicht durch sogenannte Wohlfahrtsvereine und Prämien Sand in die Augen streuen zu lassen.

Chemnitz. Vor fünfvierteljahren wurde hier eine Fabrik für Uhr- und dergleichen Federn von einem Herrn Nibel gegründet, der bis dahin in Schramberg (Württemberg) in einer dertartigen Fabrik als technischer Leiter tätig gewesen sein soll. Er hat auch einige Arbeiter von dort hierher mitgenommen. Damals erklärte er, daß er die Verhältnisse in seiner Fabrik so gestalten wolle, daß jeder zufrieden sein werde. Es solle keine Fabrik die beste in Chemnitz für die Arbeiter sein (was, nebenbei bemerkt, nicht sehr viel beanspruchen würde), es solle bei ihm eine gerechte Arbeitszeit herrschen, und womöglich der Achtundentag eingeführt werden. Herr Nibel stellt auch heute noch die württembergischen Arbeiter als Muster der Lügigkeit den hiesigen gegenüber und zählt ihnen 3 bis 9 Pf. pro Stunde mehr. Aber nicht alle Schwaben sind Musterarbeiter bei Herrn Nibel, denn, wer nicht mit den Maßnahmen dieses gerne-großen Fabrikanten einverstanden ist, bekommt keine Macht zu fühlen. So reduzierte er einem Mann den Stundenlohn auf einmal um 8 Pf., mußte ihn aber nachträglich nach und nach wieder erhöhen. Auch mußten diese Leute schon Worte anhören, wie: „Ihr Lumpen“, „Ich schmeiß Sie raus“, „Ich stelle lauter junge Leute ein“ und dergleichen. Überhaupt können die Leute nie genug fertig stellen. Die Arbeitszeit ist eine solche, daß sie dem Achtundentag außerordentlich fern steht, denn es sind wöchentlich schon 80 bis 90 und mehr Stunden von einzelnen Leuten gearbeitet worden, ohne daß ihnen für Überstunden eine Zulage gewährt worden ist. Jetzt darf er nicht länger als bis 9 Uhr abends arbeiten lassen, weil die Nachbarn sich dagegen auflehnen. Vor Weihnachten ist auch Sonntags gearbeitet worden, auch kam es vor, daß ein damals noch nicht 16 Jahre alter Arbeiter bis abends 10 Uhr beschäftigt wurde, dem auch die halbtägige Frühstück- und Vesperpause nicht immer gewährt wurde. Vor einigen Wochen sollte mit den Arbeitern eine Besprechung abgehalten werden, jedoch waren nur zwei Mann erschienen. Aus „Danbarkeit“ zahlte Herr Nibel jedem Arbeiter 2 Pf. mehr pro Stunde, weil sie der Besprechung ferngeblieben waren. Vorige Woche reduzierte er drei Leuten den Lohn wieder von 87 auf 33 Pf. und als die Arbeiter sich mißliebige hierüber aussprachen, wurden sie kurzerhand entlassen. Zwei weiteren Arbeitern kam es zu Gehör, daß auch sie fortgeschickt werden sollten, sie kamen ihm deshalb zuvor und hörten selber auf. Die hygienischen Zustände sind gleichfalls zu bemängeln, so sind es hauptsächlich die zwei Maschinen, die in der Werkstat stehen und beim Anbreiten solchen Qualm verursachen, daß die Leute oft nichts sehen können. Hat sich der Rauch verzogen, was ungefähr um 10 Uhr vormittags eintritt, dann ist es der Dunst, den die Ofen verursachen, der einen unangenehmen Gestank verursacht. Auch derselbe Unfallverhütungsvorschriften ist vieles zu bemängeln. Im November vorigen Jahres verunglückte ein Arbeiter beim Stahlbürsten, worauf dann erst die Auflage verbessert wurde. An der Maschine, an der die Kanten der Federn abgerundet werden, ist die Schutzvorrichtung nicht verstellbar und daher unpraktisch, weshalb sie die Arbeiter beim Arbeiten entfernen. Sollte nun jemand verunglücken, würde es sicher heißen, der Arbeiter trage an dem Unfall die Schuld. Zur Gallerie führt eine Treppe hinauf, die nur mit zwei Schrauben befestigt sein soll; trotzdem müssen auf ihr schwere Kisten transportiert werden. Das sind Zustände, die nur deshalb fortbestehen können, weil die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung alles ungerügt lassen und sich auch der Organisation nicht anschließen wollen. Wären die dortigen Arbeiter unter sich einig, würden sicher bald bessere Verhältnisse eintreten müssen. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß Herr Nibel sich in den Kneipen brüht, daß bei ihm kein Arbeiter ist, der unter 4 Mk. pro Tag verdient; in der Fabrik aber launetiert er den Leuten die Ohren voll, daß er nichts verdiene. Jetzt hat er einen Kumpner eingestellt, mit dem er beim Militär gedient hat, wahrscheinlich soll dieser als Antreiber angelernt werden. Denn dieser Herr erlaubt sich, Herrn Nibel zu sagen: „Seine Leute müssen viel mehr drehtiert werden.“ Hoffentlich sorgen aber die Arbeiter dafür, daß die Bäume dieses Gemütsmenschen nicht in den Himmel wachsen. Die Schramberger Kollegen aber seien auf diese Fabrik aufmerksam gemacht, sollte ihnen ein Angebot gemacht werden, als Arbeiter in dieses Eldorado einzutreten, so wissen sie nun, wie es darin aussieht.

Düsseldorf-Rath. Die Zustände in der Maschinenfabrik von Saef in Rath lassen es ratsam erscheinen, sie einmal in die Öffentlichkeit zu bringen. Früher war sie eine der besten und gelobtesten Fabriken. Seitdem nun ein paar junge Herren (Gering und Reimig) ans Ruder gekommen sind, nimmt die Unzufriedenheit der Arbeiter immer größere Dimensionen an. Die Meister sind das fünfte Rad am Wagen, nur zum Schmeicheln und Antreiben werden sie benötigt. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern nehmen die genannten Herren vor. Jede Kleinigkeit wird bestraft, mindestens mit 50 Pf. Von den praktischen Arbeitern kennen diese Herren wenig genug. Widerpricht aber ein Arbeiter ihren Ansichten, so wird er für verrückt erklärt und wird bestraft, oder fliegt ohne weiteres auf die Straße. Hat der Arbeiter einmal Malheur, was auch dem besten Arbeiter passiert, so müssen diese Herren (auch wenn der Arbeiter keine Schuld trifft) sofort in Kenntnis gesetzt werden. Was dann? Die Herren setzen nach ihrem Gutachten eine Summe für Entschädigung fest (3 bis 15 Mk. sind keine Seltenheit), die dem Arbeiter ratenweise abgezogen wird. Beshwert sich ein Arbeiter über diese Maßgabe, heißt es einfach: „Das ist noch nicht alles, es wird noch mehr abgezogen.“ In der letzten Zeit hat nun noch ein Meister (Wurger) angefangen, der es außerordentlich gut versteht, die Löhne zu brüden und den Antreiber zu spielen. Er hat auch schon das Examen als selbständiger Meister absolviert, mußte schließlich aber wieder, um sein Dasein fristen zu können, als Schloffer arbeiten. Auch da schon machte er von sich reden, indem er sagte, daß die Arbeiter zu viel verdienten. (Er ist Mitglied des Werkmeister-Verbandes.) Somit sehen die Herren alles, aber gerade das, was für die Arbeiter von Wichtigkeit ist: die Schutzvorrichtungen an den Maschinen kümmern sie wenig. So ist auch der letzte Unfall auf nicht genügende Schutzvorrichtung zurückzuführen. Nur der Geistesgegenwart des Arbeiters war es zu danken, daß er die Maschine zum Stillstehen brachte. Nachdem das Unglück geschehen, brachte man die Schutzvorrichtung an. Bei der sinnlosen Antreiberei ist es als ein Wunder zu betrachten, daß nicht mehr Unfälle vorkommen. Für die Arbeiter wäre es gewiß von Wert, wenn der Herr Gewerbeinspektor diesen Betrieb einmal näher untersuchte. Wie sind diese Zustände zu bessern? Hier ist nur eine Antwort zu geben: Kollegen, organisiert euch, schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Schützt die paar Groschen, die wöchentlich zu bezahlen sind, nicht, diese kommen euch und eurer Familie wieder doppelt zu gute. Es ist ja leider die Tatsache zu verzeichnen, daß uns die Lokale verschlossen sind und deshalb die Agitation in jeder Art und Weise erschwert wird. Trotz alledem haben wir Fortschritte gemacht, mehr als die Gegner vielleicht ahnen. Im vorigen Jahre hatten wir eine Umfrage bei den in Betracht kommenden Räten veranstaltet, ob sie uns ihre Lokale zu Versammlungen u. s. w. zur Verfügung stellen wollten. Dies wurde rundweg abgelehnt. Ein Witt schrieb zum Beispiel folgendes: „In hiesiger Beantwortung Ihrer gefälligen Anfrage vom 17. d. Mts. teile Ihnen mit, daß ich mit Rücksicht auf polizeiliche Vorschriften grundsätzlich mein Lokal solchen Vereinen nicht zur Verfügung stelle, welche politische Tendenzen verfolgen und da solchen Zweck auch Ihre Versammlungen haben dürften, muß ich zu meinem Bedauern von Ihrem Angebot Abstand nehmen. Achtungsvoll G. Gottschalk.“ Und in demselben Lokal tagten ohne jegliches Hindernis andere Organisationen und Vereine (Schwarze Garde). Die Groschen der Arbeiter möchten diese Herren Räte schon einheimsen, aber alles andere erscheint ihnen nebensächlich. Aber wer weiß auch, wer diese Herren so belehrt hat? Und so kam es auch, daß der Boykott über dieses Lokal verhängt wurde, der bis heute noch nicht erledigt ist. Im Laufe der Zeit wurde ein anderes Lokal eröffnet. Wir wandten uns an diesen Rät und wurden aufgenommen. Als das rühbar wurde, beschuldigte man den Rät, der Mitglied des Kriegervereins ist, er sei „Protector der Sozial-

demokratie“ u. s. w. Man verbot ihm, Kindern unter 16 Jahren geistige Getränke zu verabreichen. Bei den anderen Räten wird eine so scharfe Kontrolle nicht geführt. Na, wir leben ja in Preußen-Deutschland, wo gleiches Recht für alle Staatsbürger garantiert ist! Wir wären in der Lage, noch eine ganze Reihe solcher Vorkommnisse berichten zu können. Doch für heute wollen wir es genug sein lassen. Aber an alle organisierten Kollegen Räten richten wir die Bitte, mit doppelter Kraft zu arbeiten, damit auch hier endlich andere Zustände herbeigeführt werden.

Dresden. Die Firma G. Calberla, Blasewitzerstr. 18, sucht wöchentlich zwei- bis dreimal in hiesigen Zeitungen Dreher, Hobler, Schloffer und Mechaniker. Dies scheint jedoch mehr Klame zu sein, denn fragt einmal jemand nach Arbeit, so heißt's gewöhnlich: „Es ist alles besetzt.“ Hat jedoch wirklich einmal ein Kollege das Glück, eingestellt zu werden, braucht er beßhalb nicht zu denken, eine Lebensstellung zu haben. Entweder geht er in ein paar Tagen selbst oder er wird gegangen, indem er sich auf irgend eine Art „unliebbar“ gemacht hat. Daß in diesem Betrieb der reinste Taubenschlag existiert, wird dadurch bewiesen, daß es Wochen gegeben hat, wo sechs bis acht Mann von selbst gingen oder gegangen wurden. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Meister haben darunter zu leiden. Sind doch seit Pfingsten nicht weniger als vier Meister auf diesem Wege verschwunden. Es ist eben unmöglich, daß ein vernünftiger Meister in diesem Betrieb lange aushalten kann, und zieht er es deshalb vor, meistens schon nach einem Monat von selbst zu gehen. Die Ursache dieser Erscheinungen dürfte bei Herrn Obermeister Hartlieb zu suchen sein. — Ein Speiseraum ist zwar vorhanden; da aber von den 80 Arbeitern viele nicht zu Hause oder nicht ins Wirtshaus zum Mittagessen gehen, so ist er viel zu klein. Man sieht so gedrängt, daß man kaum einen Wisen zum Munde führen kann. Auch von einer Vorrichtung zum Essen- oder Kaffeewärmen fehlt jede Spur. Als großer Übelstand muß auch der Ankleideraum bezeichnet werden. Erstens ist er viel zu klein, indem gleichzeitig die Waschoorrichtung darin enthalten ist. Ferner werden durch diesen Raum Rohmaterial sowie Eisenjahre und Abfallstücke transportiert, um auf dem Hof verladen zu werden. Daß dieses Verfahren nicht dazu geeignet ist, die Kleider in sauberem Zustand zu erhalten, liegt wohl klar auf der Hand. Diese Zeiten sollen dazu beitragen, die Kollegen aufmerksam zu machen, um nicht auf die Zeitungsannoncen hereinzufallen. Bessere Zustände können nur geschaffen werden, wenn sich die Kollegen nicht bei jeder Gelegenheit der Firma anbieten.

Hierlohn. Endlich, nach vier Wochen, erscheint in Nr. 2 des Deutschen Metallarbeiter (Wiederorgan) eine Erwiderung auf unsern sachlich gehaltenen Bericht in Nr. 51 dieser Zeitung. Man merkt es an dem Tone, der dort angeschlagen wird, daß der Kritiksreiber die „Unversität“ in M.-Gladbach besucht hat, denn sonst würde er jedenfalls ein klein wenig anständiger geschrieben haben. Was der Herr W. (Wetter-Hagen?) unter einem „seitigsten Geschäftsführer“ versteht, wissen wir allerdings nicht, und wenn er unsere Mitgliederzahl von 1300 mit drei Fragezeichen versehen (ebenfalls waren nicht mehr vorrätig), so stellen wir dem Herrn unsere Quartalsabrechnung gerne zur Verfügung, er kann sich dann davon überzeugen, daß wir unsere Mitgliederzahl viel zu niedrig angegeben haben. Nun zu dem Kernpunkt der Sache, wo der Herr W. Weise dafür verlangt, daß bei der hiesigen Aussperrung die „christlichen“ Führer hinter dem Rücken der Streikleitung in dem Augenblick mit den Fabrikanten Abmachungen getroffen, wo bessere Bedingungen geboten waren und so einen Verrat an der Arbeiterschaft begangen haben — andererseits er mich (nach berühmten Mustern) einen Verleumder nennt. Der Herr denkt jedenfalls, daß ich keine Ahnung von den Vorgängen während der Aussperrung in Hierlohn habe. Haben die Herren denn die bekannte Versammlung in der Reichsstraße schon vergessen, wo ihnen ihre Sünden vorgehalten wurden? Hat man die damals angekündigte Versammlung, in der Gegenbeweise erbracht werden sollten, schon abgehalten? Ist schon vergessen, daß die Herren auf der Meidener Kirche, wo man sich ganz sicher wählte, eine geheime Sitzung mit einem Vertreter der Fabrikanten abgehalten haben? Bedarf es noch weiterer Beweise? Sind die Herren Führer nicht immer hinter den Fabrikanten hergelaufen? Der Herr W., der auch nebenbei katholischer Arbeitersekretär ist, gab kürzlich den ersten Jahresbericht heraus. In diesem beschäftigt er sich auch in längerer Ausführungen (sagt ein Drittel des Jahresberichts spricht davon) mit der hiesigen Aussperrung. Selbstverständlich sind es die „sozialdemokratischen“ Führer“, die durch ihr Verschulden die Niederlage herbeigeführt. Er spricht auch selbst von den günstigen Bedingungen, die mit der sichersten Aussicht auf Annahme durch die Fabrikanten aufgestellt waren. Aber durch die „Machinationen“ der sozialdemokratischen Führer“ wurde die Sache vereitelt. Nein, Herr W., der Unschluß erfolgte sofort nach der erwähnten geheimen Sitzung, und deshalb brauchen wir kein Wort von dem zurückzunehmen, was wir gesagt haben. Übrigens sagt der Herr in seinem Jahresbericht unter anderem folgendes: „Auf Anregung einiger wohlwollender Fabrikanten versuchte der Sekretär verschiedene Male eine Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen; leider vergebens.“ Also, hier gibt der Herr Sekretär unumwunden zu, daß er mit einigen „wohlwollenden“ Fabrikanten in Verbindung gestanden hat.

Röln-Voll. Am 10. Januar fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Referent war Kollege Hübner aus Köln, der über „Die nächste Aufgabe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ referierte. Unter anderem führte er aus, wie nötig der Anschluß der kleineren Filialen an die Ortsverwaltung Röln sei, um bei etwaigen Vorkommnissen, Streiks etc. aktionsfähig zu sein. In seinem Schlusswort wies er darauf hin, daß es nicht nur nötig sei, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sondern man müsse sich auch politisch das Rückgrat stärken. Die Sozialdemokratie sei es allein, die unsere Interessen wirksam vertrete. Dies gedachte nun ein Herr von den „Christlichen“, die auch vertreten waren, als Waffe zu gebrauchen, was ihm aber gründlich verleidet wurde. Es wurde unter anderem auf die Zentrumsparthei hingewiesen als der eigentlichen Schöpferin der „christlichen“ Gewerkschaften. Denn diese haben doch in jedem Zentrumsmann und jedem Geistlichen einen Agitator für ihre Gewerkschaften. Auch wurde ihm von einigen Hebern largemacht, daß sie nur die Handlanger des Kapitalismus seien. Der Besuch der Versammlung hätte ein besserer sein können. Von 300 bis 350 Metallarbeitern am Orte waren vielleicht 50 erschienen. Die meisten der Anwesenden waren von auswärts. Die Interesselosigkeit wirft ein schlechtes Licht auf die Polier Metallarbeiter. Offenbar geht es ihnen noch viel zu gut. In den Klimbin- und Kriegervereinen, den sogenannten Zuzianstalten hurtapatriotischer Meinung, da sind die Polier Arbeiter zahlreich vertreten. Findet von einem solchen Verein eine Feilschheit statt, dann eilen sie in hellen Haufen herbei und füllen die Lokale der Wirte, die ihnen sonst insympathisch, sogar feindlich gegenüberstehen. In dem Lokal aber, wo sie sich über ihre elende Lage gegenfeitig aussprechen können, da sind sie nicht zu finden. Darum, Arbeiter von Röln, werft einmal das Joch von euch und tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, zeigt, daß ihr ziel- und klassenbewusste Arbeiter seid, die sich nicht länger am Wängelband führen lassen. Den organisierten Kollegen möchten wir ans Herz legen, daß es nicht genügt, als zahlendes Mitglied dem Verband anzugehören, sondern es muß sich jedes Mitglied beteiligen, die Versammlungen pünktlich zu besuchen und uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, die Organisation fördern und stärken zu helfen.

Mainz. Am 10. Januar fand die Jahresversammlung statt. Über die Anstellung eines Geschäftsführers referierte der Bezirksleiter Ehrler. Die Kommission für die Vorarbeiten schlage nach genauer Prüfung der eingelaufenen siebenhundert Bewerber drei Kollegen zur eigenen Wahl vor. Dies wurde einstimmig angenommen. Bei der geheimen Wahl wurde Kollege Joh. Hausmann gegen siebzehn Stimmen gewählt. Das Bureau wird am 1. Februar eröffnet werden. Nachdem Kollege Ehrler aufgefordert hatte, jetzt noch eifriger als im verfloßenen Jahre mitzuarbeiten, wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: Joh. Klein als Be-

Aus der Metallindustrie.

Über die Aussichten der Fahrrad-Industrie

schreibt der Fahrradhersteller: Ohne doch allzu rosig die Zukunft zu malen, kann jetzt von einem ruhigen, stetigen Fortschritt der Fahrrad- und Motorfahrzeugfabrikation gesprochen werden. Inwiefern sich dem gewöhnlichen Ausschlag die Ausnahme neuer Artikel beizugehen hat, ist nicht so leicht festzustellen, immerhin darf man behaupten, daß die Fahrradherstellung, welche durchschnittlich einen gegen das Vorjahr gesteigerten Umsatz bei leider immer noch wachsenden Preisen erzielte, sich selbst ernährte, vielleicht auch einen bescheidenen Nutzen abwarf, während die günstige Bilanz einzelner großer Werke dem Konto der sonst noch von ihnen produzierten Artikel zugeschrieben werden muß. Fraglos ist also eine Aufbesserung der Lage der Fahrradbranche festzustellen, was am besten ersichtlich wird aus den durchweg günstigen Bilanzen der Gummi- und Metallwerke der übrigen Fahrradteile- und Zubehörzeuger. Es kann deshalb das Jahr 1903 für die Fahrradbranche als das bezeichnet werden, in dem nach Überwindung der 1898 begonnenen Krise der erste Schritt vorwärts zur Erreichung stabiler Verhältnisse gemacht wurde. Nachdem auch einbüßig die amerikanische Gefahr vorüber ist und der deutsche Fahrradexport (vergleiche unten) so ansehnliche Ziffern erreicht hat, daß demgegenüber der ausländische Import nach Deutschland als klein bezeichnet werden muß, gilt es nun auf dem Inlandmarkt die gegenwärtigen Preise zu halten und ein weiteres Sinken zu verhindern.

Deutsche Fahrradindustrie

In den zehn Monaten Januar bis Oktober 1903 wurden aus Deutschland 86 152 Stück zusammengefaßte fertige Fahrräder und 23 386 Doppelzentner Fahrradteile, zusammen 29 169 Doppelzentner im Werte von rund 20 Mill. Mk. ausgeführt, gegen 20 739 Doppelzentner gleichzeitig 1902 und 15 964 Doppelzentner gleichzeitig 1901. Dazu kommen noch 512 Doppelzentner (871 Stück) Motorfahrräder, gegen 74 und 146 Doppelzentner. Annähernd 20 Prozent dieser Ausfuhr ging nach Holland, wo der weitaus größte Teil der benötigten Fahrräder deutsches Fabrikat ist. Die Zahl der in Holland besteuerten Fahrräder stellte sich für das Jahr 1902 auf 59 120 Stück gegen 139 218 im Jahre 1901, 113 228 im Jahre 1900 und 94 370 im Jahre 1899. Die deutsche Ausfuhr nach Holland betrug per Januar bis Oktober 1901: 2560 Doppelzentner, 1902: 3993 Doppelzentner, 1903: 5648 Doppelzentner. Nach Dänemark, dem nächst wichtigsten Absatzland, wurden in denselben Zeitabschnitten geliefert 1790, 2511, 4317 Doppelzentner, nach Österreich-Ungarn 1868, 2398, 2939 Doppelzentner, nach England 1558, 2550, 2855 Doppelzentner, nach der Schweiz 1486, 1848, 2540 Doppelzentner, nach Rußland 1249, 1473, 2010 Doppelzentner, nach Belgien 1155, 1323, 2005 Doppelzentner, nach Italien 657, 843, 2002 Doppelzentner, nach Frankreich 825, 1426, 1685 Doppelzentner. Auch die Ausfuhr von Automobilen zeigt eine erhebliche Zunahme, besonders nach Frankreich; sie betrug 1901: 4041, 1902: 5734, 1903: 6854 Doppelzentner.

Die Roheisenproduktion Rußlands

gestaltete sich in den Jahren 1897 bis 1902 folgendermaßen:

	Menge in tausend Pud					
	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Südrußland	46181	61330	82485	92573	91978	84224
Ural	40697	44191	45184	50213	49016	44588
Polen	13944	15948	18796	18220	19773	17235
Zentraler Bezirk	10867	11324	14954	14011	10578	8374
Nördlicher Bezirk	269	1519	1864	2040	1116	1877
Südwestlicher Bezirk	168	188	170	106	14	—
Nordwestlicher	45	61	48	45	54	—
Sibirien	648	726	300	310	250	200

Zusammen [112819|135287|163701|177518|172779|156498

Nachdem die russische Roheisenproduktion im Jahre 1900 ihren Höhepunkt erreicht hatte, trat unter dem Einfluß der Einschränkung der Bauaktivität infolge der Krise des Weltmarktes im Herbst 1899 ein Rückgang ein, der im Jahre 1902 zu einer Verminderung der Produktion um 21 Millionen Pud Roheisen gleich 11,8 Prozent der Maximalproduktion führte. Würde genügender Absatz vorhanden sein, so könnten die russischen Hochofen ihre gegenwärtige Produktion auf 260 Millionen Pud, also um 100 Millionen Pud steigern. Von den in Südrußland vorhandenen Hochofen waren am 1. Januar 1902 noch 31 in Tätigkeit, am 1. Januar 1903 dagegen nur 20; 18 Hochofen standen still. Auch die Uraler Eisenhütten haben ihre Produktion in demselben Verhältnis (11,3 Prozent gegen 1900) eingeschränkt müssen; am 1. Januar 1902 waren dort 116 Hochofen, am 1. Oktober desselben Jahres nur noch 78, am 1. Januar 1903 wiederum 99 in Tätigkeit. In Polen erfolgte die größte Produktion im Jahre 1901, 1902 jedoch ging die Produktion erheblich zurück (12,8 Prozent). Den größten Rückgang der Produktion — 43 Prozent gegen 1899, wo die größte Produktionsmenge erreicht wurde — weist der zentrale Bezirk auf.

In Stahl und Eisen sind in Rußland im Laufe der letzten sechs Jahre nachstehende Mengen erzeugt worden:

	Menge in tausend Pud					
	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Südrußland	24903	36458	50393	52328	60966	55377
Ural	23816	26509	26763	28309	29436	27575
Polen	13609	14385	14452	20340	16717	15678
Zentraler Bezirk	10962	9228	10595	10164	12309	9417
Nördlicher Bezirk	11666	11013	9550	8409	8256	6863
Südwestlicher Bezirk	116	106	108	113	61	—
Nordwestlicher	1107	337	1812	1433	1540	2500
Sibirien	220	252	208	105	100	100

Zusammen | 86619 | 98288 | 113831 | 121701 | 129385 | 117510

Demnach ist auch die Erzeugung von Stahl und Eisen in allen größeren Bezirken im Jahre 1902 zurückgegangen, am meisten im zentralen Bezirk und am wenigsten in Polen.

Internationaler Elektrizitätsrat.

Kann das die Technik eine neue wichtige Erfindung gezeitigt hat, bemächtigt sich ihrer auch schon das Kapital zur lukrativen Verwertung. Die Dampfturbinenerfindungen von Dr. Niebler-Stumpf und Curtis haben in letzter Zeit zu einer Vereinigung deutschen und amerikanischen Kapitals geführt. In der am 19. Januar in Berlin abgehaltenen Sitzung des Delegationsrats der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Union-Elektrizitätsgesellschaft machte Herr Rathenau nähere Mitteilungen über die geplanten Vereinbarungen. Er wies darauf hin, daß schon in der Generalversammlung vom 12. Dezember v. J. Andeutungen über den Zweck seiner Reise nach den Vereinigten Staaten erfolgt seien. Zu dem Zweck des Interesses hätte die Regelung der Beziehungen zur General Electric Co., der wichtigsten Trägerin der elektrischen Industrie in der neuen Welt, gestanden. Auf den Beitritt zu diesem Konzern wären die Beziehungen nicht wieder wie auf die Vereinigung der im Besitz der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft befindlichen Dampfturbinenpatente mit denen von Curtis, die die General Electric Co. außerhalb der Vereinigten Staaten zu verwerten im Begriff stand, gerichtet gewesen. Die zahlreichen zum Abschluß gelangenen Verträge mit amerikanischen und europäischen Gesellschaften enthalten Vereinbarungen über den gegenseitigen Austausch von Patenten, Erfindungen und Erfahrungen, die Überlassung der Dampfturbinenpatente von Niebler-Stumpf und Curtis für alle Anwendungen zu Wasser und zu Lande, sowie die Abgrenzung der Interessensphären zum Zwecke eines friedlichen Zusammenwirkens der Vertragsschließenden. Nachdem die Gesellschaft zur Verwertung der Turbinenpatente in Deutschland, Österreich-Ungarn, Finnland, Holland,

Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schweiz, Türkei und den Balkanstaaten mit 3 Millionen Mark Grundkapital von der General Electric Co. und Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft bereits gegründet ist, wird diese eine Aktiengesellschaft mit 5 Millionen Mark für den Bau von Dampfturbinen und Turbobomben, sowie gemeinsam mit den Interessenten der Thomson-Houston-Gruppe eine italienische Gesellschaft mit 6 Millionen Lire ins Leben rufen, in welcher letztere nicht nur die beiderseitigen Organisationen, sondern auch die Turbinenpatente von Niebler-Stumpf einerseits, Curtis andererseits übergeben. Auch in Belgien hat eine Vereinigung der Interessen der Societe Belge d'Electricite, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, und der Union Electrica stattgefunden. Das zur Durchführung dieser Transaktionen erforderliche Kapital soll dadurch beschafft werden, daß die Union ihren Aktienbesitz der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft überläßt und dafür, wie von der Frankfurter Zeitung angeführt wurde, von dieser 6,50 Millionen Mark neu auszugebende Aktien empfängt, die ein Konsortium zu übernehmen sich verpflichtet hat. Im Zusammenhang damit beantragen Delegationsrat und Vorstand die bestehende Interessengemeinschaft mit Wirkung vom 1. Juli 1904 aufzulösen und durch Umtausch der 24 Millionen Mark Aktien der Union in solche der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft im verträglich festgesetzten Verhältnis von zwei zu drei, wofür also weitere 16 Millionen Mark Allgemeine Elektrizitätsgesellschaftaktien beansprucht werden, die Liquidation der Union herbeizuführen. Zur Beschlußfassung soll eine außerordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft auf den 18. Februar einberufen werden.

Rundschau.

Der Reichstag (18. bis 22. Januar).

Als in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 1902 die Mehrheit des Reichstags unter Beihilfe der willfährigen Regierung den Antrag Kardorff auf Erhebung der Zölle „nach Maßgabe der engbültigen Beschlüsse der XVI. (Hollwäcker-) Kommission“ unter Bruch der Geschäftsordnung unseres Parlamentes geroaliam durchpeitschte, bezeichnete der aus unevindlichen Gründen sogenannte „leitende“ Staatsmann den Tarif als „großes Werk zum Segen des Vaterlandes“. Mit diesem „Segen“ hat es aber, wie schon damals die Opposition sich zu bemerken erlaubte, seine Schwierigkeiten: der Kardorfftarif mit seinen gebundenen Zöllen auf Lebensmittel ist eine ganz ungeeignete Grundlage für Verhandlungen zur Revision der Handelsverträge. Die Regierung ist durch eigenes Verschulden jetzt in einer äußerst verzwickten Lage: sie soll und will den Wünschen der Agrarier beim Abschluß neuer Handelsverträge gern entgegenkommen, es fehlen ihr aber mißfame Kompensationsobjekte, um schwere Schädigungen unserer Ausfuhrindustrie hintanzuhalten. Man begreift deshalb ihre Scheu, sich in die Karten sehen zu lassen — sie geniert sich! Das kam deutlich zum Ausdruck, als am Montag den 18. Januar der Wortführer der Agrarier, Abgeordneter Graf von Kanitz, sie fragte: „Warum ist die im Interesse der deutschen Landwirtschaft gebotene und auch von den verbündeten Regierungen wiederholt als dringlich anerkannte Kündigung der in den Jahren 1891 bis 1894 mit mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Tarifverträge noch nicht erfolgt?“ Graf Posadowski, der im Namen des Reichskanzlers die Interpellation beantwortete, machte viele Worte, sagte aber darin gar nichts; nur beschwor er die Agrarier, die Hände vom „heißen Eisen“ zu lassen und die Zügel der Regierung nicht zu führen, es werde schon alles gut werden. Aber immer deutlicher zeigt sich, daß die Regierung nur vorwärts kommen kann, wenn sie die berühmten Minimalzölle fallen läßt; der Wortführer der sozialdemokratischen Partei ließ keinen Zweifel darüber, daß seine Partei für Handelsverträge, die eine so exorbitante Verteuerung des Lebensunterhaltes der Proletarier involvieren, nicht zu haben sein werde.

Der Wunsch, mit Rußland auf alle Fälle einen erträglichen Handelsvertrag zustande zu bringen, mag mitbestimmend sein für die unwürdige Haltung der deutschen Reichsregierung in Sachen der russischen Polizei in Deutschland, die am Dienstag den 19. Januar im Reichstag bei der Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation über diesen Gegenstand nachdrücklich gegeißelt wurde. Rußland unterhält an vielen Stellen Deutschlands organisierte Polizeikörper, die mit ganzen Scharen von Spitzeln arbeiten und vor direkten Ungehelichkeiten nicht zurückschrecken. Der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Richthofen, gab diesen Sachverhalt nicht nur zu, sondern degradierte das Deutsche Reich in den Augen der gesamten Kulturwelt auch noch dadurch, daß er die Heiligkeit des „sanktisierten“ Preisab und den Grundlag aufstellte, die Polizei dürfe „lästige“ Ausländer über die Grenze schaffen, die ihr passe, das heißt dürfe harmlose Russen den Knuten der zarischen Regierung ausliefern. Nur die Konservativen, die moralisch auf der Stufe russischer Zarenrechte stehen, billigten diesen ungeheuerlichen Grundsat; alle anderen Parteien stimmten in seiner Verwerfung überein; Abgeordneter Bebel gab der tiefen Entrüstung über deutsche Knechtlichkeit Ausdruck und sprach damit aus dem Herzen aller freiheitlichen Angehörigen unserer Nation. Was der Staatssekretär über die „Anarchisten“ zusammenredete, läßt die Vermutung berechtigt erscheinen, daß diese „Anarchisten“ in geeigneten Momenten von der Poistiquie in helle Beleuchtung gerückt werden, um einen Druck auf den Monarchen auszuüben.

Über den Gesetzentwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte (Mitwoch den 20. Januar) gehen die Ansichten weit auseinander; aus der nationalliberalen Fraktion wurden allein drei Meinungen laut; damit dürfte diese Partei allen Ansprüchen der Agitation gerecht werden. Die Sozialdemokratie verlangt die Angleichung der kaufmännischen Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte und die Unterstellung der schiedsrichterlichen Streitigkeiten aus der Konkurrenzkauf unter ihre Entscheidung. Für das Wahlrecht der Geschäftsinhaber, das die Sozialdemokratie fordert, erhoben sich einige Stimmen. Die Regierung lehnt es strikte ab. Der Gesetzentwurf wurde am Donnerstag einer Kommission überwiesen; wir werden später Veranlassung haben, noch eingehender über ihn zu berichten.

Am Freitag (21. Januar) beriet der Reichstag zunächst einen neuen Servistat; eine Neuordnung der Wohnungsgeldzuschüsse für Beamte ist nicht beliebt worden. Der Entwurf wurde an die Budgetkommission zur Vorberatung abgegeben.

In Erwartung einer neuen großen Militärvorlage, die bei dem beunruhigenden Stande der Reichsfinanzen zurzeit nicht opportun erscheint, hat die Regierung eine Verlängerung des bestehenden Quinquenniums um ein Jahr verlangt. In der Budgetkommission will der Kriegsminister näheres über seine Pläne mitteilen. Die Frage, ob jährliche oder mehrjährige Bewilligung des Militäretats richtig sei, wurde in der Debatte nur gestreift. Sie wird bei der nächsten Militärvorlage aktuell werden. Die Sozialdemokratie lehnt die Vorlage der Regierung ab.

Der Ausfall der Eingeborenen (Bondelzwart und Hereros) in Südwestafrika entfällt den ganzen Kammern unserer Kolonialpolitik und stößt das Reich zu einem kleinen Kolonialkrieg. Die Ursachen des Aufstandes sind „unbekannt“, liegen aber auf der Hand: die Eingeborenen fühlen sich in ihrem Besitz durch die Eroberer bedroht und klagen vielfach über ungerechte Behandlung. Der Reichstag stand vor einer vollenbelben Tatsache, als der Rangler die Bewilligung von Nachtrags- und Ergänzungsetats zur Niederwerfung des Aufstandes bat. Die bürgerlichen Parteien bewilligten ohne Widerspruch, die Sozialdemokratie übte Stimmmenthaltung aus folgenden Erwägungen: prinzipiell verlagte sie der Kolonialpolitik nach dem jetzigen System jede Unterstützung; da aber in diesem Falle die Rettung bedrohter Landesleute in Frage kommt, stimmt sie nicht gegen diese Forderung; aber auch nicht dafür, weil aus der Fassung des Stats der Schluß gezogen werden muß, daß ein Nachschub nach dem Entsch der belagerten Orte geplant ist.

Ein vernichtendes Urteil über die Kartelle

hat das Oberlandesgericht in Hamm gefällt. Es handelt sich um einen Prozeß, den eine Reihe von Walzwerken gegen das Düffelborfer und das Siegener Roheisenfundat in der Berufungsinstanz

vollmächtigter, Otto Feistkorn, Ludwig Meier und Jos. Stärkel als Revisoren. — Die Abrechnung von der Silberfeier, die zugunsten bedürftiger Kollegen veranstaltet worden war, ergab einen Überschuss von 80,10 Mk. Dem eingangs der Versammlung erstatteten Jahresbericht für das Jahr 1903 ist folgendes zu entnehmen: Das Jahr 1903 war auch für Mainz ein sehr bewegtes Jahr. Mit Beginn desselben machte sich ein kleiner geschäftlicher Aufschwung bemerkbar. Die Verwaltung legte sofort Hand ans Werk, um möglichst bald den Mitgliederbestand zu erhöhen. Am 7. Februar wurden wir damit überrascht, indem in der Mitgliedschaftsversammlung mitgeteilt wurde, daß die Firma Fischer, Fabrik für Beleuchtungsgegenstände, einen allgemeinen Lohnabzug vornehme. In der sofort am 8. Februar stattgefundenen Fabrikversammlung, die von allen Arbeitern besucht war, wurde hierzu Stellung genommen und dem Kollegen Hausmann die Vollmacht erteilt, die Unterhandlung einzuleiten. Von 86 Arbeitern gehörten erst 10 dem Verband an, die anderen traten jedoch alle schon am ersten Abend bei. Die Unterhandlung zog sich bis zum 12. März hin und hatte folgendes Ergebnis: Der Lohnabzug, der 4 bis 20 Prozent betrug, wurde zurückgenommen und der bereits an zwei Zahltagen gemachte Abzug am 30. Mai wieder herausbezahlt. Wir konnten somit den ersten Sieg verzeichnen. Dieses Ereignis setzte auch die anderen Metallarbeiter in Bewegung. Zunächst befaßten sich die Spengler mit einer Aufbesserung; es sollte jedoch versucht werden, die Firma Martin Hofmann zur Anerkennung des mit der Forderung im Jahre 1900 vereinbarten Tarifs zu gewinnen. Es fand daher am 24. März eine Versammlung der Arbeiter statt, die einstimmig den Gesellenausschuß beauftragte, Herrn Hofmann zur Anerkennung des Tarifs zu veranlassen. Der Unternehmer verhielt sich jedoch ablehnend; er würdigte den Gesellenausschuß keiner Antwort, sondern sperrte am 11. April die sechs Mann aus, die dem Verband angehörten. Von den übrigen Arbeitern gehörten sechs zum „christlichen“ Verband und sechs waren nicht organisiert. Letztere traten aber dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Am 16. April wurde eine allgemeine Arbeiterniederlegung beschlossen, die am 24. April, jedoch ohne Erfolg, wieder aufgehoben wurde. Diese Bewegung hat uns gezeigt, daß man sich auf die „christlich“ Organisierten und deren Führer nicht verlassen kann, indem erstere zum größten Teile Streikbrecher wurden und letztere hinterläßt Unterhandlungen anknüpften. Und deshalb wird heute noch in dieser Bude zehn Stunden gearbeitet und werden schlechte Löhne bezahlt. Auch bei den Schlossern suchte man einzufahren, um deren schlechte Verhältnisse zu bessern. Die im April stattgefundenen Versammlung verlief jedoch resultatlos. Die Schlosser müssen also unter ihren schlechten Verhältnissen weiterarbeiten. Mit den Arbeitern der Gasmeserfabrik wurden auch verschiedene Versammlungen abgehalten, um Verbesserungen herbeizuführen, auch wurden der Firma verschiedene Beschwerden zugesandt und darauf von derselben Abhilfe geschaffen. In eine intensive Bewegung konnte wegen allzu großer Schwäche der Organisation nicht eingetreten werden. Am 1. Mai kündigte die Firma Busch den im Jahre 1900 vereinbarten Tarif, worauf die Arbeiter in einer Versammlung erklärten, von dem Tarif nicht abzulaufen. Die Verwaltung griff sofort ein. Um einen Ausstand zu vermeiden, nahm sie die Unterhandlungen auf, die zwischen dem Vorsitzenden der Verwaltung und dem Vorsitzenden des Gewerbegerichtes sowie Herrn Busch stattfand. Es wurde am 14. Mai von der Firma die Erklärung abgegeben, daß sie den Tarif weiter anerkennt, wodurch ein Ausstand beseitigt war. Da nun in der Beleuchtungsindustrie die Zahl der Organisierten sich gehoben hatte und der Mut und Geist bedeutend besser war, auch die Konjunktur sich steigerte, wurde, nachdem verschiedene Werkstattversammlungen stattgefunden, in einer am 22. August abgehaltenen Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, den Tarif, die den im Jahre 1900 festgelegten Tarif noch nicht anerkannt hatten, denselben zuzufügen und zur Annahme zu bringen, was denn auch am 26. August geschah. Mittlerweile hatten die Firmen Koch, Busch und Wagner den Tarif anerkannt. Die Firmen Oberdhan, Fischer & Co., Gasapparate und Gusswerk, verhielten sich ablehnend. Die Arbeiter der beiden ersten Firmen reichten am 14. September die Kündigung ein. Am 30. September wurde der Tarif abgeschlossen, der dann am 12. Oktober in Kraft trat. Im Gasapparat- und Gusswerk konnte wegen mangelhafter Organisation nichts erreicht werden, es bestehen da heute noch sehr schlechte Verhältnisse. Die Beleuchtungsindustrie umfaßt hier sieben Firmen. Diese beschäftigten im Jahre 1900 820, 1901 850, 1902 809 und 1903 580 Arbeiter. Vor drei Jahren hatten drei Firmen den Tarif eingeführt, die 175 Arbeiter beschäftigten. Nach der letzten Bewegung sind noch drei weitere Firmen dafür gewonnen, so daß jetzt von 580 Arbeitern 390 die verkürzte Arbeitszeit (9 1/2 Stunden) haben. Im Kampfe haben gekämpft 195, in den Streik waren eingetreten 183, im Verband waren 130. Diese Bewegung brachte also bedeutende Vorteile für die Arbeiter. Nun glaubte die Verwaltung, etwas Ruhe zu haben, dies sollte jedoch nicht sein, denn am 10. Oktober wurde dem Fabrikations- und Vorstandsmittglied Kollegen Kätsch ohne jeden Grund von der Firma Busch, wo er jahrelang beschäftigt war, gekündigt, was in einer Versammlung als Maßregelung festgestellt wurde. Nun drohte auch hier ein Ausstand. Diese Differenzen wurden am 21. Oktober nach Vermittlung des Vorsitzenden der Verwaltung durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichtes geschlichtet, indem die Firma die Kündigung wieder zurücknahm. — Es ließen sich auch noch sonstige Beschwerden ein, die durch schriftliche Vermittlung erledigt wurden. In dieser ersten Bewegung leistete uns auch der Bezirksleiter, Kollege Giesler, seinen Beistand. — Die Verwaltungsjahre hat jetzt eine bedeutende Erweiterung erhalten. Am 11. Mai wurde die Köpfler Verwaltung mit 20 Mitgliedern einverleibt. Wir gingen sofort mit Unterstützung des Bezirksleiters in die Agitation ein, es wurden Flugblätter zur Verteilung gebracht, Versammlungen abgehalten, wir erzielten aber nur langsam Erfolg. In weiteren beantragten die Spengler von Köpfler, daß der in Mainz gültige Tarif den Meistern unterbreitet und die Anerkennung erwirkt werde. Am 24. August wurde der Tarif eingereicht, am 21. September hatten ihn von sechs Firmen drei unterzeichnet, am 1. Oktober trat er in Kraft. — Am 15. September wurde auch Alzey einverleibt, wo wir bis jetzt von 34 beschäftigten Metallarbeitern 20 organisiert haben. Hier traten bald Differenzen ein, indem die Firma Carl Höpfer ihren Arbeitern erklärte, wenn sie bis nach Weihnachten nicht aus dem Verband geschieden wären, würden sie alle entlassen. Die Unterhandlungen hatten bis Schluß des Jahres noch keinen befriedigenden Erfolg. — Die ganze Bewegung erforderte 27 öffentliche mit 16 Mitgliederversammlungen, 9 Spenglerversammlungen, 8 Versammlungen der Beleuchtungsindustrie, 1 Schlosser-, 6 Werkstattversammlungen, 13 Vertrauensmänner- und 54 Vorstandssitzungen, 3 Versammlungen in Ruppel, 9 in Nombach, 3 in Alzen, 12 in Köpfler, 1 in Giesheim, 3 für die Vereinigte Katholische Schiffswerft. Die Klassen- und Mitgliederverhältnisse haben in dem verflohenen Jahre erhebliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl liegt von 507 auf 692. Bedauerlich ist, daß immer noch ein Teil der Arbeiter, wenn für sie einen Lohnabzug zurückgewiesen und Verbesserungen erzielt werden, dem Verband den Rücken kehren. Unsere Gesamteinahmen betragen 12 097,99 Mk. (1902: 7003 Mk.), die Ausgaben 11 608,64 Mk. (1902: 4629,63 Mk.).

Birmitzans. Am 9. Januar fand die Generalversammlung statt, in der über das abgelaufene Jahr Bericht erstattet wurde. Darans war zu entnehmen, daß die Organisation hier endlich fast Mangel gelacht hat. Erwähnenswert ist, daß sich die Mitglieder größtenteils aus auswärtigen Kollegen rekrutiert. Leider läßt der Besuch der Mitglieder-versammlungen sehr zu wünschen übrig. Trotzdem in verschiedenen Versammlungen Vorträge stattfanden, macht sich eine große Flaute bei des Berufs bemerkbar, was an dieser Stelle gerügt werden muß. Es läßt sich bald den Anschein erwecken, als ob hier in allen Betrieben die schlimmsten Verhältnisse beständen, das ist aber durchaus nicht der Fall. Beweis dafür ist, daß erst durch die Verbandskollegen in einer Versammlung die geforderte Arbeitszeit und Abschaffung des Kopf- und Logisgeldes durchgesetzt werden mußte. Auch die Löhne bedürfen in verschiedenen Betrieben der Aufbesserung. Also, ihr Birmitzener Metallarbeiter, erweckt endlich einmal aus euren Schläfen und tretet in unsere Reihen. Erst dann können wir zu befriedigenderen Resultaten gelangen.

geführt haben. Als sich im Jahre 1899 in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten eine empfindliche Notheisennot zu entwickeln drohte, glaubten viele großen Eisenwerke sich zu entwickeln zu müssen, indem sie, von den Notheisensyndikaten um Angabe ihres Bedarfs ersucht, weit höhere Quantitäten bestellten, als sie zu bearbeiten vorwärts in der Lage waren. Später stellte sich heraus, daß ein Notheisenmangel gar nicht bestand, im Gegenteil, es war ein Notheisenüberfluß vorhanden. Infolgedessen sanken die Preise ganz rapide. — Die Walzwerke, die ihren Bedarf zu hoch angemeldet hatten, sahen sich von den Syndikaten hintergangen und weigerten sich, die angemeldeten Eisenmengen abzunehmen, indem sie gegen die zustande gekommenen Verträge Einspruch erhoben und geltend machten, das Syndikat habe durch Vorspiegelung falscher Tatsachen die Walzwerke veranlaßt, große Aufträge zu viel zu hohen Preisen zu erteilen. Die angebliche Notheisennot sei ein Kunstprodukt der Syndikatsbestrebungen; die künstlich hervorgerufene Not unter den Walzwerken hätten die Syndikate zu unläuteren Zwecken benutzt. — Die Hochöfenwerke, als Mitglieder der beiden Syndikate, wurden daraufhin mit dem Antrag klagbar, die Walzwerke der zur Abnahme der zur rationelleren Lieferung gekauften Quantitäten zu verurteilen. In erster Instanz ist dieser Antrag durchgedungen und die Berufung der Walzwerke gegen dieses Urteil ist vom Oberlandesgericht in Hamm in einem 198 Seiten umfassenden Schriftsatz zurückgewiesen worden. „Das Syndikat“, heißt es, „war eine Produzentenvereinigung, deren Zweck durch Verhütung einer Überproduktion und durch Wahrnehmung von Gelegenheiten zur bestmöglichen Verwertung der Produktion erreicht wurde. Wenn daher diese Vereinigung danach trachtete, durch ihre Betätigung auf dem Eisenmarkt und durch eine planmäßige Regulierung ihrer Verkäufe die Nachfrage nach ihren Produkten zu steigern und auf diese Weise die Preisbildung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, so war dies an sich erlaubt, selbst wenn die betreffenden Konsumenten hierdurch in eine wirtschaftliche Bedrängnis kamen. Jeder Vertragsabschluss — insbesondere wenn er den Warenumsatz zwischen Gewerbetreibenden zum Gegenstand hat — vollzieht sich als ein wirtschaftlicher Kampf, bei welchem der wirtschaftlich Schwächere unterliegt. Dies tritt um so mehr in die Erscheinung, wenn sich die Interessenten in Ringen vereinigen, welche jenen Kampf geschloffen und nach bestimmten Gesichtspunkten führen. Das Syndikat war rechtlich nicht verpflichtet, seine regelmäßigen Abnehmer bei der Verteilung der verfügbaren Waren gleichmäßig zu berücksichtigen. Geschah dies nicht, so konnten wohl Zustände entstehen, welche vom sittlichen und wirtschaftlichen Standpunkt zu mißbilligen waren. Die bestehenden Rechtsverhältnisse wurden aber hierdurch nicht berührt, sofern nicht noch ein weiterer hiermit in Zusammenhang stehender Tatbestand vorlag, an den das Gesetz besondere Rechtsfolgen knüpft.“

Das Kartell hat also geges, trotz seiner sittlich zu mißbilligenden Geschäftspraxis, der nach dem Gerichtsurteil rechtlich nichts anzuhaben ist.

Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften.

In seinem Deutschen Volksblatt hat der Zentrumsabgeordnete Erzberger das Bied vom „Terrorismus der Gewerkschaften“ angestimmt und angeregt, es solle versucht werden, auf Grund der jetzigen Gesetze die „Kassengelder“ der freien Gewerkschaften zu beschlagnahmen, um damit durch Streiks u. geschädigte Unternehmer u. f. w. zu entschädigen. Wir haben dieses sauberen Versuches, ein Taff-Bale-Urteil auch in Deutschland herbeizuführen, feinerzeit gedacht. (Siehe Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung.) Jetzt nimmt in den Deutschen Stimmen ein Jurist das Wort, um den frommen Erzberger zu belehren, auf Grund des geltenden Rechtes seien die Gewerkschaften für „Streikschaden“ und ähnlichen nicht haftbar zu machen. Wohlglagend schreibt die Scharfmacherpresse: „Bekanntlich ist in England in zwei Fällen die Verurteilung der Gewerkschaften von den Arbeitgebern durchgeführt worden; sowohl die Gewerkschaft der Taff-Bale-Eisenbahner wie die der walisischen Bergleute haben wegen Überredung zum Vertragsbruch und des daraus den Arbeitgebern entstandenen Schadens je zwei Millionen Mark an die letzteren zu zahlen gehabt. Im Hinblick auf diese Fälle ist in der deutschen Presse behauptet worden, auch unsere Gesetzgebung ermögliche eine solche Schadloshaltung des Unternehmertums. Das ist nach dem Gewährsummi der genannten Halbmonatsschrift (Deutsche Stimmen) indessen nicht der Fall; unsere Gesetzgebung bietet nach ihrem derzeitigen Stande noch keine Handhabe zu dem gedachten Vorgehen. Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt keine Vorschrift, wonach der zum Vertragsbruch Anstiftende schadenersatzpflichtig ist. Denn das Bürgerliche Gesetzbuch erwähnt den Anstifter allein in § 830, macht hier jedoch nur den Anstifter zu einer unerlaubten Handlung im Sinne des § 823 ersatzpflichtig. Vertragsbruch ist aber eine solche unerlaubte Handlung nicht. Auch § 826, wonach derjenige zum Schadenersatz verpflichtet ist, der in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise einem anderen Schaden zufügt, ist nicht anwendbar. Das Tatbestandsmerkmal der vorsätzlichen Schadenzufügung liegt bei der zum Streik anstiftenden Gewerkschaft fraglos vor; denn diese will ja die Arbeitgeber gerade dadurch zur Gewöhnung besserer Lohnbedingungen zwingen, daß sie ihnen durch den Vertragsbruch der Arbeiter Schaden zufügt. Dagegen scheidet die Anwendung des § 826 an dem Erfordernis der Unfittlichkeit (!). Denn die Anstiftung zum Vertragsbruch als eine Unfittlichkeit im Sinne dieses Paragraphen aufzufassen, ist nicht ohne weiteres möglich. Auch im Falle der Zuerkennung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine — eine Frage, die von der Antifog-Korrespondenz völlig unberechtigt mit diesem Gegenstand in Verbindung gebracht worden ist, wäre an der Rechtslage nichts geändert, weil auch eine Einzelperson wegen Anstiftung zum Vertragsbruch in der Regel nicht ersatzpflichtig gemacht werden kann. Also, ohne neue Gesetze ist auf diesem Wege in Deutschland nichts zu erreichen.“

Gewerkschaftskartell, Polizeistunde und Vereinsgesetz.

Zum zweiten Male beschäftigte jetzt das Kammergericht Berlin ein sehr interessanter Rechtsfall. Am 13. Oktober 1902 hielt das Gewerkschaftskartell zu Halle a. S., welches aus Gewerkschaftsdelegierten und dem vom Kartell befolgeten Arbeitersekretär besteht, im Weißen Hof eine, nur von Delegierten, dem aus ihrer Mitte gewählten Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Ziele, und dem Arbeitersekretär besuchte Sitzung ab. Unter anderem stand auf der Tagesordnung die Beratung der damaligen Arbeitslosenstatistik, die vom Kartell unternommen wurde. Ziele leitete die Verhandlungen. Der überwachende Beamte, Wachtmann Hanslow, löste die von ihm als Versammlung behandelte Sitzung um 12 Uhr wegen Eintritts der Polizeistunde auf und denunzierte eine Anzahl Delegierte, die nach seiner Auffassung nicht innerhalb der nächsten 6 bis 8 Minuten den Saal verlassen hatten, wegen Übertretung des § 6 des preussischen Vereinsgesetzes, wonach alle Anwesenden sich „sofort“ zu entfernen haben, sobald „ein Abgeordneter der Polizeibehörde eine Versammlung für aufgelöst erklärt hat.“ — Die Anklage wegen Verletzung des § 6 des Vereinsgesetzes wurde auch erhoben und die Angeklagten (Röhne und Genossen) wurden auch in erster Instanz vom Schöffengericht und dann in zweiter Instanz vom Landgericht Halle zu Geldstrafen von je 15 Mark verurteilt. Das Landgericht führte damals unter anderem aus, daß es sich um eine „Versammlung“ gehandelt habe, wofür schon die Teilnahme von etwa 60 Personen spräche. Nach der Auflösung hätten sich gemäß § 6 die Versammelten sofort entfernen müssen. Verschiedene Einreden ließ das Gericht nicht gelten. — Auf die Revision der Angeklagten, die den Charakter der Zusammenkunft als einer „Sitzung“ betonten, hob das Kammergericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg die Vorentscheidung auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Es machte vor allem einen Unterschied zwischen „Sitzung“ und „Versammlung“. Eine Zusammenkunft von nur Kartellmitgliedern zu Zwecken des Kartells sei eine Sitzung des Kartells selbst kann, wenn die Zahl der Teilnehmer 60 bis 70 betrage und eine bestimmte Persönlichkeit den Vorsitz führe. Auf Sitzungen fanden aber die §§ 5 und 6 des Vereinsgesetzes, die nur von Versammlungen fürchten.

keine Anwendung. Eine Sitzung eines Gewerkschaftskartells könne aber zu einer Versammlung werden, wenn außer den Delegierten noch andere Mitglieder der im Kartell vertretenen Gewerkschaften zugelassen würden. Bei einer Versammlung müßten sich aber zweifellos die Teilnehmer nach einer Auflösung sofort entfernen. Das Kammergericht gab dann dem Landgericht nähere Feststellungen auf. — Das Landgericht Halle stellte darauf in neuer Verhandlung fest, daß sich außer Delegierten und dem Arbeitersekretär niemand weiter an der Zusammenkunft beteiligte und daß der Saal für die Sitzungen ein für allemal festgemacht war, so daß der Zutritt nicht jedermann offen stand. Unter Beachtung der obigen, vom Kammergericht aufgestellten Grundzüge sprach nunmehr das Landgericht die Angeklagten frei und erklärte die Zusammenkunft der etwa 60 Delegierten für eine Sitzung im Sinne jener Entscheidung, auf die die §§ 1, 5 und 6 des Vereinsgesetzes keine Anwendung fänden. — Diesmal legte indessen die Staatsanwaltschaft Revision ein. — Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision und verwies darauf, daß sich die Ausführungen des Staatsanwaltes gegen die vom Kammergericht in seinem ersten Urteil gemachten Darlegungen richteten. Davon könne aber das Kammergericht nicht abgehen. Im übrigen spräche die Festsetzung regelmäßiger Zusammenkünfte für die Eigenschaft von Sitzungen.

Auf Sitzungen von Gewerkschaftskartellen, die nur von deren Mitgliedern besucht sind, darf also die Polizeistundenbestimmung nicht angewandt werden.

Die erste Ursache zum Streik.

Die Berliner Feilenhauer-Zunft richtet einen Appell an die Feilenkonsumenten. Darin wird auf die verschiedenen Einrichtungen Bezug genommen, die das Handwerk heben sollen, bis heute wäre aber, besonders durch die Handwerkerkammern, nichts zu erzielen gewesen, „weil materielle Erfolge nicht so schnell auf diese Weise erreicht werden können, und weil vor allem in dieser Hinsicht die Handwerker selbst mit aller Energie tätig sein müssen. Denn ohne tüchtige Arbeit jedes einzelnen an seiner Stelle kann auch mit der Organisation des Handwerks und der Handwerkskammern nichts erreicht werden. Vor allem müßten die Zunftmeister, welche Feilen konsumieren, bemüht sein, die Feilenhauerarbeiten ebenfalls nur gelehrten Feilenhauermeistern zu übertragen, und sich nicht durch wohlfeile Worte und Versprechungen von Lieferanten, die selbst die Branche nicht verstehen und keine Fachleute sind, bewegen lassen, denselben die Arbeiten zugewiesen. Besondere Konkurrenz wird von Provinzfirmen hier (Berlin) fühlbar gemacht, da dieselben durch wesentlich billigere Arbeitslöhne u. f. w. scheinbar günstige Differenzen machen, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß durch „Fracht“, „Kisten“, „langes Warten u. f. w.“ die kleinen Vorteile wieder illusorisch werden. Ebenso wenig Vorteile haben die neuen Einrichtungen bis jetzt bei behrlichen Submissionen bringen können, wobei nach wie vor das Mindestangebot den Zuschlag erhält, ohne Rücksicht, ob die Arbeit auch wirklich fachgemäß ausgeführt wird, was ja auch zu solchen Preisen, zu denen nur Nichtfachleute Angebote machen können, ausgeschlossen ist. Öffentlich bringt hier noch die Zeit eine Besserung. An eine Aufbesserung der Löhne für die Arbeitnehmer ist unter solchen Umständen nicht zu denken, im Gegenteil wird versucht, auf Grund zu billig abgeschlossener Verträge auch billigere Arbeitslöhne zu erzielen, und damit ist die erste Ursache zum Streik gegeben. Die Zunft bittet deshalb die Feilenkonsumenten, doch den Feilenbedarf möglichst hier am Plage von gelehrten Meistern zu decken, welche sichere Gewähr für gute und fachgemäße Ausführung bieten.“

Arbeitslohn — Unternehmergewinn.

Die rühmtlich bekannte Deutsche Arbeiterzeitung stößt einige Schmerzenslaute aus über den Verlust, den die Unternehmer erleiden durch Zuspätkommen der Arbeiter. Man liest da: Ein Beispiel möge das beweisen! Bekanntlich ist in Deutschland die Arbeitszeit durch die Mittagspause zerrissen. Der Verlust des Fabrikanten beträgt bei 300 Arbeitstagen, 3 Mk. Lohn pro 10 stündige Arbeitszeit und für jedes Kommen und Gehen eine Verpötung gerechnet von

	3 Minuten	5 Minuten	10 Minuten
bei 50 Arbeitern	Mk. 225	Mk. 375	Mk. 750
= 100 "	= 500	= 750	= 1500
= 150 "	= 725	= 1125	= 2250
= 200 "	= 1000	= 1500	= 3000
= 300 "	= 1450	= 2250	= 4500
= 400 "	= 2000	= 3000	= 6000
= 500 "	= 2450	= 3750	= 7500
= 600 "	= 3000	= 4500	= 9000
= 700 "	= 3450	= 5250	= 10500
= 800 "	= 3900	= 6000	= 12000
= 900 "	= 4450	= 6750	= 13500
= 1000 "	= 5000	= 7500	= 15000
= 5000 "	= 24500	= 37500	= 75000

Diese Zahlen beweisen die Wichtigkeit einer Arbeiterkontrolle. Das Blatt hat die Tabelle nicht vollständig veröffentlicht, wir holen das Besäumte nach. Nach dem angenommenen Profitfuß beträgt der Unternehmergewinn bei einem Durchschnittslohn von

	3 Mark	4 Mark	6 Mark
und bei 50 Arbeitern	Mk. 11250	Mk. 15000	Mk. 18750
= 100 "	= 22500	= 30000	= 37500
= 150 "	= 33750	= 45000	= 56250
= 200 "	= 45000	= 60000	= 75000
= 300 "	= 67500	= 90000	= 112500
= 400 "	= 90000	= 120000	= 150000
= 500 "	= 112500	= 150000	= 187500
= 600 "	= 135000	= 180000	= 225000
= 700 "	= 157500	= 210000	= 262500
= 800 "	= 180000	= 240000	= 300000
= 900 "	= 202500	= 270000	= 335000
= 1000 "	= 225000	= 300000	= 375000
= 5000 "	= 1125000	= 1500000	= 1875000

Bei 3 Mark Tagelohn rechnet der Unternehmer pro Tag 75 Pfennig Profit für seinen Anteil, bei 4 Mark Tagelohn 1 Mark Profit, bei 5 Mark Tagelohn 1,25 Mark Profit. Tatsächlich ist die Profitrate noch zu tief gegriffen, sie ist sehr oft doppelt so hoch, so daß die angeführten Gewinnsummen auch zu verdoppeln sind. Da ist die Sorge der Unternehmer wegen einiger Minuten verständlich, je höher die Profitrate, desto größer die Sucht, die Arbeitskraft bis zum äußersten auszubeuten.

Arbeiterauschüsse, wie sie nicht sein sollen.

Darüber wird der Frankfurter Volksstimme geschrieben: Zu den vielen mannigfaltigen Arbeiterfragen, die einer Reform von Grund auf bedürfen, gehört auch jene der Arbeiterauschüsse. Ein Arbeiterauschuss kann und darf doch nur aus solchen Personen bestehen, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter im vollsten Maße genießen; sie haben Beschwerden und Wünsche an geeigneter Stelle zum Ausdruck zu bringen und auf ein „harmonisches“ Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzumirken. Es gibt in Deutschland eine große Reihe Betriebe, die nach dem Erlaß des Gesetzes vom 1. Juni 1891 Arbeiterauschüsse ins Leben riefen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit mit vielen solcher Arbeiterauschüsse aus. In den meisten Fällen setzen sich dieselben aus Elementen zusammen, die meistens nur ihre Vorteile zu wahren wissen, aber niemals die Interessen ihrer Mitkollegen zu vertreten suchen. Die Arbeiterauschüsse haben sich im Laufe der Jahre zu einem solchen Schemen entwickelt, daß sie heute in der Mehrzahl aus Borgesezten oder Personen zusammengesetzt sind, die einmal als „Retter in der Not“ seitens der Unternehmer so viele materielle Vorteile genießen, daß sie auf Grund dieses Entgegenkommens sich verpflichtet fühlen, den treuen „Knecht des Herrn“ bis an ihr seliges Lebensende zu spielen. Ob die Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Berufsgenossen mit Füßen getreten werden, sieht diese „Auserwählten“ nicht an. Sie haben ihren Teil und verdienen sich ob dieses „einträglich“ Hand in Hand gehens noch manches hinzu. Oppositor wird nicht geduldet. Bekundet sich in einem solchen Ratenteich

mitunter ein Pecht, der in etwas rebellischer Weise mit „unnützer Brut“ aufzuräumen gedenkt, da werden seitens dieser Getreuen die unaußerster Manöver verübt, und man versucht es sogar mit kleinen „Denunziationen“. Wer trägt aber hinsichtlich dieses erbärmlichen Systems die Hauptschuld? Doch nur jene, die immer und immer wieder bei den alljährlichen Wahlen ihre Stimme für eine solche forrumpierte Zusammenkunft abgeben. Ein Bruchteil wählt gar nicht, ein anderer gibt seinen Wahlzettel weiß ab, ein Teil verjucht sich in der Zusammenkunft von Namen, die dem Ganzen das Gepräge der Lächerlichkeit aufdrückt, ein anderer Teil versucht sich in der Wahl der „alten Garde“ aus dem Grunde, weil sie in ihrer „Kindlichen Naivität“ glauben, sich durch diese Getreuen auch „Vorteile“ zu verschaffen. Ein Schauspiel für Götter aber ist es, wenn bei diesen vorzunehmenden Wahlen ein Teil der Unternehmer oder deren Vertreter dem Alte selbst beimohnt. Was müssen sich jene Arbeitgeber von einer solchen Arbeiterchaft denken, die das ihnen gesetzlich zustehende Recht in einer geradezu absurden Weise benützen, einerseits zu ihrem eigenen Schaden, andererseits zum Nachteil der Organisation selbst. Vor allem müssen bei diesen Wahlen persönliche Differenzen in den Hintergrund treten, Sympathien für diesen oder jenen beiseite bleiben. Hier können nur energische und stets das Interesse und das Recht der Allgemeinheit wahrnde Genossen in Betracht kommen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß allüberall, wo diese höchst unerquicklichen Zustände hinsichtlich der „Arbeiterauschüsse“ noch herrschen, sich in den Köpfen jener Arbeiter die Erkenntnis Bahn bricht:

„Nur die allerdümmsten Kälber, Wählen ihre Metzger selber!“

Ärzte als „Streikbrecher“.

Dr. med. Lehmann-München spricht sich in einem Artikel in der Neuen Zeit für die freie Arztwahl aus und meint dann zum Schluß: „Eins möchte ich zum Schluß noch hervorheben, damit in diesem komplizierten Streite wenigstens die Grundbegriffe nicht allzufehr durch Deutungen und Auslegungen verwirrt werden: Es gibt keine zwei Sorten von Streikbrechermoral. Ein Arzt, der seiner Organisation in den Rücken fällt, kann nicht anders gewertet werden als ein Fabrikarbeiter, der im Streik den Posten des kämpfenden Genossen hinterläßt. Ein Kassenvorstand, der organisierten Arbeitern zumutet, sich von einem Arzte behandeln zu lassen, der Streikbrecherdienste verrichtet, spielt ein gewagtes Spiel.“

Dieser Meinung tritt Genosse Karl Rautsky in derselben Nummer entgegen, indem er schreibt:

„Die Schlussworte in dem Artikel des Genossen Lehmann veranlassen uns jedoch zu einer Bemerkung: Wir glauben, das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen wird einer rationellen Regelung am ehesten dann zugeführt werden, wenn man es als reine Zweckmäßigkeitsfrage betrachtet. Dagegen wird diese Regelung um so schwerer, je mehr man den Streit verbittert; und das geschieht, wenn die eine Seite die andere als moralisch minderwertig, als Streikbrecher oder Ausbeuter von Streikbrechern hinzustellen sucht.“

Das Wort vom Streikbrecher scheint uns hier völlig unangebracht zu sein. Der Streik, dessen Bruch wir für eine unehrenhafte Handlung halten, ist ein Teil des proletarischen Kampfes gegen das ausbeutende Kapital. Die kapitalistische Ausbeutung ist die Voraussetzung des proletarischen Streiks, der seine Rechtfertigung stets darin findet, daß er unter allen Umständen ein Versuch ist, den Anteil des Arbeiters an seinem Produkt und damit an den Gütern der Kultur zu erhöhen. Vorbeugung der kapitalistischen Ausbeutung aber ist die Trennung von Arbeitskraft und Produktionsmittel. Dadurch, daß diese vom Kapitalisten monopolisiert werden und der Arbeiter sie nicht besitzt, wird der letztere gezwungen, sich ausbeuten zu lassen.

Von alledem ist in dem Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen keine Rede. Diese sind nicht kapitalistische Ausbeutungsinstitute, nicht gegründet, einen Profit zu erzielen, sondern sie dienen einem gemeinnützigen Zweck. Sie existieren nicht durch Profite, die aus der Arbeit von Ärzten gezogen werden könnten, sondern durch Beiträge ihrer Mitglieder. Und auch die Grundlage kapitalistischer Ausbeutung fehlt ihnen: Sie besitzen nicht die Produktionsmittel der Ärzte. Soweit von solchen die Rede sein kann, sind sie im Besitz der Ärzte selbst.

Das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen ist daher nicht das zwischen Lohnproletariern und Kapitalisten, sondern das zwischen selbständigen Verkäufern und Käufern. Die aus diesem Gegensatz entspringenden Kämpfe fallen aber vielfach nicht mit den proletarischen Klassenkämpfen zusammen und dürfen nicht ohne weiteres nach den für diese geltenden Regeln beurteilt werden. Wenn einige Milchverkäufer einen Ring bilden, um den Preis der Milch hochzuhalten, werden wir die Milchverkäufer, die einer solchen Organisation als billiger verkauften „Streikbrecher“ in den Rücken fallen, keineswegs für Lumpen erklären.

Selbstverständlich ist der billige Verkäufer nicht immer der beste. Es liegt im Interesse der Krankenkassen selbst, daß ihre Ärzte eine Honorierung erhalten, die Berufsfruchtbarkeit und Gewissenhaftigkeit ermöglicht, aber das Suchen nach dem besten Ausgleich zwischen den Interessen der Krankenkassen und denen der Ärzte wird nicht gefördert, sondern aufs äußerste geschädigt, wenn die Vertreter der Ärzte die Leiter der Krankenkassen nicht als Vertreter des kranken Proletariats, sondern als Beschützer kapitalistischer Ausbeutung betrachten und behandeln.“

Da die Scharfmacher unter den Ärzten mit Vorliebe unter den Kassennitzgebern dadurch Verwirrung hervorgerufen suchen, daß sie deren Abscheu und Verachtung gegen Streikbrecher auch auf die von ihnen als „arbeitswillig“ benutzten Kollegen zu lenken suchen, während sie sonst gerade in den allermeisten Fällen Feinde der Arbeiterbewegung und ihrer Bestrebungen sind, kann diese klare Beurteilung der Sachlage durch Genosse Rautsky außerordentlich nützlich wirken. Gerade die Vertreter der Kassennitzgebern, die im Interesse der Mitglieder gegen die unbedingte Einführung der freien Arztwahl sind, stehen aber andererseits auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen die im Dienste der Kassen stehenden Ärzte anständig honoriert und anständig behandelt werden müssen.

„Guten Morgen, Herr Streikbrecher!“

Diese Worte soll der Stadler O. gelegentlich des Streiks bei Karl Huhn in Nachen dem Arbeitswilligen Nikolaus Pauly eines Mittags 12 Uhr zugerufen haben. Die Staatsanwaltschaft hatte deswegen gegen O. Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Zu der Schöffengerichtssitzung am 16. Januar waren der angeblich Beleidigte und zwei Mädchen als Zeugen geladen. Der Angeklagte gab an, gar nicht zu wissen, daß er dem Pauly überhaupt begegnet sei, da er zu fraglicher Zeit stark angetrunken gewesen sei, was er durch einen Schutzzeugen beweisen könne. Der beleidigte Pauly als Zeuge erklärte, daß O. im Drischergäßchen zweimal vor ihn hingefsprungen und ihn dann mit den Worten: „Guten Morgen, Herr Streikbrecher!“ angeredet habe. Er sei aber kein Streikbrecher, indem er die Stelle vom Militär aus angenommen habe. Als im August der Streik ausgebrochen, hatten in der Fabrik geliebene Arbeiter den Pauly sofort benachrichtigt, er könne bei Entlassung vom Militär sofort die Stelle unseres Kollegen (Janzen belegen). Der Richter meinte, das wäre auch gut, daß er die Arbeit angenommen habe. Auf das Verhör der anderen Zeugen wurde verzichtet und der Angeklagte zu 5 Mk. oder 1 Tag Haft sowie Tragung der Kosten verurteilt.

Vom Ausland.

England.

Der Britische Maschinenbauerverband (Amalgamated Society of Engineers) ist mit einer Mitgliederzahl von 95403 in das neue Jahr eingetreten. Von diesen bezogen 6848 Arbeitslosenunterstützung, 2254 Krankenunterstützung und 4801 Altersunterstützung. Das die Krise sich in England im allgemeinen später geltend machte als auf dem Festland, geht auch aus dem ersten Absatz des Zeitartikels im Januarheft des Verbandsorgans hervor, der folgendermaßen lautet:

„Unsere Gesellschaft ist im Begriff, in ein neues Jahr einzutreten und wir müssen wohl überlegen, was die Aussichten für die nächste Zukunft nicht vielversprechend sind. Wir haben die letzten Jahre der Prosperität gehabt, infolgedessen diese sich lediglich durch Fälle von Beschäftigung bemerkbar machen (durch eine solche Kennzeichnung erkennen unsere industriellen Zustände in trauriger Beleuchtung) und die mageren Jahre stehen uns — wenigstens in einigen Distrikten — bevor. Wir hoffen und glauben aufrichtig, daß die Gesellschaft sie ohne Verlust an Mitglieder und Vermögen überleben wird und daß die Mitglieder persönlich nicht die harten Erfahrungen machen müssen, die die früheren Zeiten industrieller Depression mit sich brachten. Haben wir soweit wenig Ursache zu klagen, so haben wir andererseits Grund zu verhältnismäßig großer Genugtuung. Andere Verbände haben während der letzten ein oder zwei Jahre abgenommen, während wir trotz der immer tiefer gehenden Depression finanziell und numerisch zugenommen haben.“

Das Verbandsorgan bringt ferner folgende, der Westminster Gazette entnommene Notiz über die Automobilindustrie: „Das Anwachsen der Automobilindustrie läßt sich nach den Tabellen bewerten, die in der Autocar veröffentlicht sind und zeigen, daß die Anzahl von Wagen, die während der ersten elf Monate des Jahres 1903

aus diesem Lande ausgeführt worden sind, 814 betrug gegenüber 851 in dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1902, während der Wert der Fahrzeuge 289307 Pfund Sterling betrug gegenüber 188748 im Jahre 1902. Die Zahl der eingeführten Wagen ist ebenfalls angewachsen und zwar von 8577 im Jahre 1902 auf 6992 im Jahre 1903 und der Wert der eingeführten Wagen ist von 1041091 Pfund Sterling auf 1901366 im Jahre 1903 gestiegen. Dieses Anwachsen ist, wie gesagt, hauptsächlich der Unfähigkeit der englischen Fabrikanten, der großen Nachfrage zu genügen, zuzuschreiben.“

Literarisches.

Berliner Arbeiterkalender 1904. Verlag von Th. Manthofer Nachfolger, Berlin, Weinbergsweg 15b. Preis 20 Pfg.

Mitteilung der Expedition.

Das immernoch verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf Zeitungen spätestens am Dienstag in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für

die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgesehen von dem durch Nachlieferungen entstehenden Mehrporto muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.

Inhalt von Nr. 5.

Das Ende des Kampfes in Crimmitschau. — Die Metallarbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten. — Griech.-Dunklerland. — Aus den einzelnen Branchen: Die Durchführung des Tarifs der Berliner Rohrleger und Gesser seit dem letzten Streit. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Korrespondenzen. — Aus der Metallindustrie: Über die Aussichten der Fahrrad-Industrie. Deutsch-Fahrradausfuhr. Die Rohreisenproduktion Rußlands. Internationaler Elektrizitätsrat. — Rundschau: Der Reichstag. Ein vernichtendes Urteil über die Kartelle. Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften. Gewerkschaftskartell, Boilzeitunde und Vereinsgesetz. Die erste Ursache zum Streit. Arbeitslohn — Unternehmervergewalt. Arbeiterauschüsse, wie sie nicht sein sollen. Ärzte als „Streitbrecher“. „Guten Morgen, Herr Streitbrecher!“ — Vom Ausland: England. — Literarisches.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Wetzlar.** Sonntag, 7. Februar nachmittags halb 4 Uhr, auf dem Ulfenhof.
 - Mitna (Allg.).** Dienstag, 9. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wulf, Blumenstraße 41.
 - Albstadt.** Samstag, 30. Jan., abds. 8 Uhr, im Gasth. zu den 12 Aposteln.
 - Amberg (Bayern).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags halb 10 Uhr, in der Brauhausischen Restauration.
 - Annaberg i. S.** Freitag, 5. Febr., abends halb 9 Uhr, in Latens Rest.
 - Wiesentzenburg.** Sonntag, 7. Febr., nachmittags 2 Uhr, im Weyerischen Hof, 28herstr. 8.
 - Wugsburg (Allg.).** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, im „Drei König“.
 - Wadenwaden.** Samstag, 30. Jan., abends halb 9 Uhr, Restauration Bratwurmlöcher, Steinstr. 7.
 - Wamburg (Allg.).** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, in d. „Marxbrüder“.
 - Wormen-Elberfeld (Formverm.)** und **Wiesentzenburg (Formverm.)** Sonntag, 7. Febr., vormittags halb 11 Uhr, bei Hül, Parlamentstr. 5, Wormen.
 - Wahretsch.** Samstag, 6. Febr., abds. 8 Uhr, bei Georg Schmidt, zum „Kreuz“, Nr. 13.
 - Wetzlar.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, bei W. Stille.
 - Wetzlar (Metallformer).** Montag, 1. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Großer Saal. — (Wannschlager). Sonntag, 7. Febr., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4.
 - Wiesentzenburg.** Sonntag, 31. Jan., nachm. 3 Uhr, bei Karl Lindage, Steinstr. 2/4.
 - Wiesentzenburg (Komb. Ver.).** Sonntag, 7. Febr., vormittags 10 Uhr, in der „Gambusihalle“, Bürgerweg 14.
 - Wismar i. S.** Samstag, 6. Febr., abds. 9 Uhr, bei Späender, Kaiserstr. 1.
 - Wismar (Allgem.).** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Herder 32.
 - Wiesentzenburg (Klempner).** Samstag, 13. Febr., abends 8 Uhr, bei Schneider, Kleine Wöhringstraße 15.
 - Wiesentzenburg.** Dienstag, 2. Februar, abds. 8 Uhr, im „Zoo“, Talstr. 23. Vortrag des Kollegen K. H. L. D.
 - Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gasthof z. Einhorn.
 - Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends 9 Uhr, in Graues Viehhalle.
 - Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, im Burgstaller, Almalienstr.
 - Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abds. 9 Uhr, im „Gambusihalle“, Friedrich-Wilhelmstr.
 - Wiesentzenburg (Allg.).** Samstag, 6. Febr., abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

- Wiesentzenburg.** Freitag, 5. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Frischling Mann“.
- Wiesentzenburg (Allg.).** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Volkshaus, Hochstr. 62.
- Wiesentzenburg (Klempner u. Installateur).** Montag, 8. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Jungeloh, Neustr. 1.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Bellevue, Bahnhofstr.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gasthaus „Fuchs“, 2. St.
- Wiesentzenburg (Allg.).** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Zoo“.
- Wiesentzenburg.** Sonntag, 7. Februar, vormittags 11 Uhr, bei Jäger.
- Wiesentzenburg.** Sonntag, 7. Februar, vorm. 11 Uhr, bei Geim.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im „Drei König“.
- Wiesentzenburg a. Rain-Bodenheim.** Bezirk Bodenheim. Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Wald“, Frankfurtstr. 53.
- Bezirk Sachjenhausen. Freitag, 5. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Biechellig, gr. Rittergasse 56.
- (Spengler u. Installat.) Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kolleg 5.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Februar, abends 8 Uhr, zur „Post“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Gersch Kamp, (Friedrichsplatz (Germannsplatz)).
- Wiesentzenburg.** Jeden ersten und dritten Samstag im Monat, abends halb 9 Uhr, bei Hül, Gartenberg.
- Wiesentzenburg (Schl.).** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, bei Boide, Zaubenstr.
- Wiesentzenburg a. M.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Maffauer Hof“.
- Wiesentzenburg i. S.** Sonntag, 7. Febr., nachm. halb 3 Uhr, im „Jägerhof“.
- Wiesentzenburg.** Jahresbericht vom Kartell.
- Wiesentzenburg i. S.** Samstag, 6. Febr., abds. halb 9 Uhr, i. d. „Gambusihalle“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, in Wiesentzenburg.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Erlwinthel.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 30. Jan., abends 8 Uhr, in der „Germania“.
- Wiesentzenburg.** Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, bei Windler, Rönigstr. 34.
- Wiesentzenburg (Feilenhauer und Schloffer).** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wöhrer, Langestr. 2, 1.
- Wiesentzenburg (Klempner).** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wöhrer, H. Krogge, Langestraße 25.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Geim, Weber.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei Geim, Wöhrerstr.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 30. Januar, abends halb 9 Uhr, in der Andreasstraße z. Garmesdorf.
- Wiesentzenburg a. M.** Samstag, 6. Febr., abds. halb 9 Uhr, in der „Sonne“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 13. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abds. 9 Uhr, bei G. Lange, Bachstr. 22.

- Wiesentzenburg.** Jeden Samstag nach m 1. und 15. im Monat, abends halb 9 Uhr, in der Zentralherberge, Grünstr.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei Hül, Rathausstr.
- Wiesentzenburg-Glabach.** Jeden ersten Sonntag im Monat in d. Glabach bei Geim; jeden dritten Sonntag im Monat in Rheindt bei Palandt.
- Wiesentzenburg.** Mittwoch, 3. Februar, abends 9 Uhr, im „Fürstenteller“.
- Wiesentzenburg.** Mittwoch, 3. Februar, abends 8 Uhr, im „Deutschen Adler“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, Gasth. „Zur Fuß“.
- Wiesentzenburg.** Sonntag, 7. Februar, vorm. halb 11 Uhr, im „Zoo“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abds. 5 Uhr, bei Gadoffsch, Wöhrerstr.
- Wiesentzenburg.** Jeden ersten Sonntag im Monat nachmittags 4 Uhr, zur „Herberge“.
- Wiesentzenburg a. S.** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, in der „Germania“.
- Wiesentzenburg.** Sonntag, 7. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei von Gels, Kronenbergstraße. Vortrag.
- Wiesentzenburg.** Sonntag, 7. Febr., nachm. 5 Uhr, bei Geim, Hauptstraße.
- Wiesentzenburg.** Freitag, 6. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei Jöhn z. „Wöhrer“.
- Wiesentzenburg (2. Bezirk).** Dienstag, 2. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Schmidt, Pöhlstr. 70. Vortrag.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., nachm. 5 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Adler“, Jägerhofstr.
- Wiesentzenburg a. D.** Samstag, 6. Februar, im „Hohentwiel“, Föhrergasse.
- Wiesentzenburg.** Jeden ersten Samstag im Monat, abends halb 9 Uhr, in der „Zentralherberge“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends 9 Uhr, im „Hof von Döhring“.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Begegnung“.
- Wiesentzenburg.** Jüdische Mitgliedsbuch kein Zutritt.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei Döhring, Poststr. 33.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 30. Jan., abends 9 Uhr, im Gasth. „Zum Hühner“.
- Wiesentzenburg.** Sonntag, 7. Febr., vorm. 11 Uhr, bei Geim, Kleine Bruchstr. 25.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Zoo“, H. Saal.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Februar, abends 9 Uhr, im „Goldenen Hof“.
- Wiesentzenburg.** Jeden ersten Mittwoch im Monat, abds. 9 Uhr, im „Zoo“.
- Wiesentzenburg a. M.** Sonntag, 7. Febr., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Wiesentzenburg.** Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr im Wöhrer, Poststr. 8.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Schindler, Gartenstr.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, bei Herold.
- Wiesentzenburg.** Mittwoch, 3. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Buche“.
- Wiesentzenburg.** Sonntag, 14. Febr., abds. 8 Uhr, im Hotel „Weißes Roß“, Wöhrerstr.
- Wiesentzenburg.** Samstag, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im Restaurant Solbitz.

Zur Beachtung! Den Bestellern von Metallarbeiter-Notizkalendern für 1904 diene hiermit zur Nachricht, dass die zweite Auflage bereits vollständig vergriffen ist und weitere Bestellungen nicht mehr erledigt werden können. **Alexander Schlicke & Cie.,** Druckerei u. Verlag.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose **Herkules** tragen. Allen-Berlin. Sehr starkes Leder in praktischen grünen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Halbbare Pilot-Taschen. Große Hüften umponst. Die Hose bei Einmaligem Waschen 4 Mk. 50

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma **Alexander Schlicke & Co.** Stuttgart, Röttestrasse 16 B empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller Arbeiten im Buchdruck bei sorgfältiger und gediegener Ausführung sowie solider Berechnung.

RASIERMESSER von unerreichter Güte und Schärfe. **Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Focher-Spillingen.**



Krossen-Diamant-Stahl M. 3.25
Krossen-Silber-Stahl M. 2.35

Fortig zum Gebrauch mit Stahl. Für jedes Stück wird genau die richtige Größe M. 1 bis M. 1.88 berechnet. Die richtige Größe M. 2.58, Schürmstrasse M. 2.58, Rastatt. Katalog mit über 300 Abbildungen bitte zu versenden. Franco und zugewandt.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
(Herausg. v. Scherm.) Ueber 2000 Reichsmark, einer Eisenbahn- u. zwei Städten. Geb. 1.50. 4. veränd. Aufl. Besitzt-Hilfen v. 1900. Durch J. Scherm, Stuttgart, Röttestr. 12, und alle Buchhandlungen.

Maschinenbau u. elektrisches Lehrbuch von J. Scherm, Stuttgart, Röttestr. 12, und alle Buchhandlungen.

Hygien. Bedarfsartikel großer. Preisl. gut. (von Ad. Arras, Mannheim 73.) Mit dem Bedarfsartikel können sich Arbeiter schon vor dem Antritt der Arbeit schützen. Preisl. gut. (von Ad. Arras, Mannheim 73.)

Gesucht. Ein alterer, selbständ. Arbeiter für Eisenarbeiten, 1 bis 2, der bei Wöhrer wohnt u. mit 1 für Geländearbeit.

Karl Köstler, Schlossmeister Rastatt.

Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. **Grosses Konversations-Lexikon.** Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. 20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark. Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

an jeder unserer Musterblätter werden Sie, wenn Sie Ihren Bedarf von der Harmonikfabrik **W. Scherl & Co. in Altmannsdorf S.A.** (11 Meilen von Wien) bestellen wollen und auch die besten Preise erhalten. Unsere Instrumente sind von deutscher besten Material gearbeitet. Die besten Organe, Klaviere und gewöhnlich alle anderen Instrumente in der Harmonikfabrik. Wir liefern Instrumente in der Qualität zu nachstehenden billigen Preisen:

- Nr. 51. 10 Taster mit Schellen, 3 Register, 24chig, Doppelklaviere zu 4.50.
- Nr. 52. 10 Taster mit Schellen, 4 Register, Schellig, Doppelklaviere zu 4.75.
- Nr. 53. 10 Taster mit Schellen, 8 Register, 2-od. Register, Schellig, Doppelklaviere zu 4.80.
- Nr. 54. 21 Taster mit Schellen, 8 Register, 2-od. Register, Doppelklaviere zu 4.12.50.

Versandung inkl. Porto 0.10. Katalog über unsere Instrumente gratis. Harmonikfabrik W. Scherl & Co. in Altmannsdorf S.A. Katalog über unsere Instrumente gratis. Harmonikfabrik W. Scherl & Co. in Altmannsdorf S.A.

Baer Sohn Es grös. BERLIN. Ein detail. **Spezial-Verfahren** 24/25. **Wendelstr. 11.** **Gr. Feinmechanik** 20. Die 22. Preisliste 1904 ist gefolgt. **Perlen- und Schmuckverleiher** gefolgt. **Verband von 20 Mk. im Franco.** Bei Bestellung von Hosen ist die Bandbreite und die Schützlänge, bei Jacketts und Hosen die Brustweite anzugeben.

Die geschätzten Leser bitten wir, bei Anfragen, Bestellungen von Preislisten und bei Aufträgen stets auf die **Metallarbeiter-Zeitung** Bezug zu nehmen. **Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.** Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Röttestrasse 16 B.